Einzelpreis S 1.70 V. b. b.

Sudetenpost

OFFIZIELLES ORGAN DES BUNDES-VERBANDES DER SUDETENDEUTSCHEN LANDSMANNSCHAFTEN ÖSTERREICHS

2. Jahrgang 11. Februar 1956 Folge 3

Zehnjahr-Plan für Baracken-Beseitigung

Uebergabe der Lager an die Verwaltung der Länder

Zwischen dem Bundesministerium für Inneres und den Landesregierungen werden derzeit Verhandlungen über das weitere Schicksal der Lager geführt. Man rechnet damit, daß es noch zehn Jahre lang dauern wird, bis man die Barackenlager völlig entbehren kann. Ziel der Verhandlungen ist zunächst, die Lager aus der Verwaltung des Bundes in die der Länder überzuführen, sei es, daß der Bund die Lager zwar selbst behält, die Verwaltung aber den Ländern übergibt, sei es, daß die Länder die Lager überhaupt dem Bund abnehmen. Der Bund würde noch durch zehn Jahre einen Beitrag leisten, der von Jahr zu Jahr um zehn Prozent gesenkt werden soll.

Nach wie vor steht das Innenministerium auf dem Standpunkt, daß keine neuen Insassen in die Lager eingewiesen werden. Die Länder, denen die Wohnungsnot der Vertriebenen unmittelbarer bekannt ist, vertreten den realistischen Standpunkt, daß die Unterkünfte der Vertriebenen außerhalb der Lager oft viel schrecklicher sind als das Lagerelend. Daher will zum Beispiel Oberösterreich auf eigene Kosten drei Landesbaracken aufstellen und versucht, weitere Baracken auf Landeskosten vom Bund zu übernehmen, um der Wohnungsnot der Volksdeutschen außerhalb der Lager zu begegnen. Denn dadurch, daß man sich auf den Standpunkt stellt, die Lager müßten geräumt werden, wird dem Barackenelend ja nicht gesteuert.

Das Bundesministerium hat auch verfügt, daß Standortzusagen für Gewerbebetriebe von Volksdeutschen in Lagern nicht mehr erteilt werden dürfen. Auch Kindergärten und Schulen sollen nicht mehr weiter vom Bunde betreut werden, die Last soll auf die Gemeinden abgewälzt werden. Das wäre eine neue Last für die Gemeinden, für die sich die betroffenen Gemeindevertretungen natürlich „bedanken", weil eine unnatürliche und einseitige Belastung entstünde. Trotzdem soll — wenn das Innenministerium zustimmt — im Lager in Wels ein Kindergarten neu eingerichtet werden.

Entgegen allen Gerüchten, besteht nicht die Absicht, die Mieten in den Lagern hinaufzusetzen. Allerdings dürften bei Gewerbebetrieben, wo keine Bestandverträge vorhanden sind, die Mieten von 1.70 Schilling je Quadratmeter etwas hinaufgesetzt werden.

Der Stand der Befürsorgten in den Lagern ist im Jahre 1955 stark abgebaut worden, zum Teil durch Abwanderung, zum Teil durch Uebernahme in die Bezirksfürsorge, endlich auch durch die Zuerkennung von Renten und Pensionen. So ist die Last des Bundes für Befürsorgte in den oberösterreichischen Lagern allein im Jahre 1955 von 5500 auf 2969 Personen gesunken. Die Zahl der Lagerinsassen ist um rund 4000 gesunken (von 24.326 auf 20.894), der Wohnraum je Person konnte von 7.1 auf 8.3 Quadratmeter erweitert werden. Drei Lager wurden in Oberösterreich aufgelöst.

Für die drängende Wohnungsnot der Vertriebenen zeugt die Tatsache, daß in Oberösterreich im letzten Jahr etwa tausend Ansuchen um Einweisung in Lager gestellt worden sind, von denen allerdings kaum fünf Prozent bewilligt wurden, obwohl die Abwanderung über 3000 Personen betragen hat.

In dieser Angelegenheit beweist sich abermals das seit zehn Jahren von den Ländern kritisierte Bestreben des Bundes, die Hauptlast des Vertriebenen-Problems den Bundesländern aufzulasten. In den Ländern bezeichnet man es als ausgesprochene Augenauswischerei, wenn man die Zahl der Lagerinsassen herabdrückt, es aber den Ländern überläßt, für den Wohnungsbedarf zu sorgen. Man kann nur von Glück reden, daß in den Ländern das Problem mit mehr Herz und Entschlußkraft behandelt wird als in der Zentrale.

Neue Wohnungen durch die UNREF

Die UNO-Flüchtlingskommission hat am 4. Februar in Genf die Fortsetzung des Flüchtlingshilfsprogramms für 1956 beschlossen, wobei wiederum Oesterreich und Griechenland an die erste Stelle gereiht wurden. Im Rahmen dieses Programms sind 1,560.000 Schilling für eine Wohnsiedlung von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen im Lager Haid (Oberösterreich) vorgesehen. 40 einstöckige Einfamilienhäuser mit ausbaufähiger Mansarde sollen in vier Blocks zu je zehn Häusern errichtet werden. Diese Häuser haben eine Wohnfläche von 73 Quadratmetern, mit Mansarde hundert Quadratmetern. Das Land Oberösterreich trägt zu diesem Bauvorhaben aus den Wohnbauförderungsmitteln 800.000 Schilling bei und leistet außerdem einen Zinsenzuschuß von 44.000 Schilling durch 25 Jahre hindurch für eine erste Hypothek. Die Siedlung wird von der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft für deutschsprachige Heimatvertriebene erbaut werden. Ebenfalls im Rahmen des UNREF-Programms für 1956 wird die LAWOG im Lager Haid 43 Wohnungseinheiten schaffen.

Das Regierungsprogramm gestoppt

Keine Klarheit über die Einreichungsstelle

Die „Sudetenpost" berichtete in der letzten Folge über das Seßhaftmachungsprogramm der Bundesregierung, das am 1. März 1955 beschlossen wurde und nunmehr in Aktion getreten ist. Wie wir erfahren, ist aber die Durchführung noch vor dem Anlaufen gestoppt worden. Derzeit kann noch keine Einreichung um Kredite erfolgen, weil erst bestimmt werden muß, durch welche Organisationen die Anträge eingereicht werden sollen. Die Auswahl der Organisationen durch das Ministerium hat viel Kritik gefunden, vor allem auch deswegen, weil eine der in Aussicht genommenen Organisationen eine ausgesprochen parteipolitische Propaganda mit der Aktion verbinden wollte. Nunmehr wird erwogen, daß die Einreichung und Begutachtung ausschließlich durch Geldinstitute erfolgen soll.

Inzwischen hat die UNREF in Genf ein neues Programm für das Jahr 1956 grundsätzlich beschlossen. Das Programm für 1955 erfährt insoferne eine Erleichterung, als nicht nur Mandatsflüchtlinge einbezogen werden, sondern auch jene Optanten, die seit dem Inkrafttreten des Optionsgesetzes die österreichische Staatsbürgerschaft gewählt haben. Bisher galt als Stichtag der 21. Oktober 1954. Nunmehr hat das Innenministerium mit Erlaß vom 13. Oktober 1955, Zl. 124/548, klargestellt, daß auch solche Vertriebene, die vor dem 21. Oktober 1954 optiert haben, ansuchen können.

Eine weitere Erleichterung ist dadurch eingetreten, daß die Laufzeit der Baukredite von 5¾ Jahren auf zehn Jahre verlängert worden ist.

Im Rahmen des UNREF-Programms 1955 wurden bisher 48 Darlehensgesuche gestellt und 35 aufrecht erledigt. Der gewährte Kreditbetrag erreicht die Summe von 989.000 Schilling.

Auszahlung von Sparguthaben

Die Länderbank ist dazu übergegangen, Sparguthaben, die bei ihren früheren Filialen in Lundenburg, Nikolsburg und Znaim angelegt worden waren, an die Besitzer der Sparbücher, die in Oesterreich wohnen und die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, auszuzahlen. Die Auszahlung erfolgt gegen Vorlage des Sparbuches im Umwertungsschlüssel, den das österreichische Schillinggesetz und das Währungsschutzgesetz festgelegt haben.

Auch die Bank für Oberösterreich und Salzburg zahlt die bei ihrer Filiale in Krummau seinerzeit eingelegten Sparguthaben im gleichen Maßstab und unter denselben Bedingungen aus.

Der Sudetendeutsche Tag 1956

findet zu Pfingsten wieder in Nürnberg statt, wo die gastfreundliche Stadt alles aufbieten wird, um den Sudetendeutschen ihr traditionelles Treffen zu ermöglichen. Mit den ersten Vorarbeiten ist bereits begonnen worden. Auch in diesem Jahre wird der Sudetendeutsche Tag unter starker Betonung des kulturpolitischen Auftrages der Landsmannschaft der Welt verkünden, daß die Sudetendeutschen ihren Anspruch auf die Heimat nicht preisgegeben haben, sondern das Recht auf die Heimat fordern.

Ein Vergleich mit Oesterreich wäre angebracht

Bis Ende 1955 wurden aus Bundes- und Lastenausgleichsmitteln mehr als 31 Milliarden ausgegeben. Dazu kommen noch die Aufwendungen der Länder und Gemeinden, die ebenfalls sehr erheblich sind.

Der Haushaltsplan des Bundesvertriebenenministeriums für das Rechnungsjahr 1956 sieht eine Ausgabenerhöhung um rund 3.5 auf 23.1 Mill. DM vor. Damit haben sich die Gesamtausgaben des Bundesvertriebenenministeriums von 14.1 Millionen im Jahr 1953, auf 16.6 Millionen im Jahr 1954, auf 19.4 Millionen im Jahr 1955 und schließlich auf 23.1 Millionen im kommenden Haushaltsjahr erhöht. Für 360.000 DM wird das Bundesministerium auch im kommenden Jahr wieder die Weltöffentlichkeit über das Flüchtlingsproblem „in Wort, Schrift und Bild" aufklären und 140.000 DM für die dokumentarische Erfassung des Schicksals der Heimatvertriebenen ausgeben.

Die Zuschüsse an Organisationen und Verbände, die der Eingliederung dienen, sind dagegen von 300.000 auf 280.000 DM herabgesetzt worden, während für die „Erhaltung und Auswertung des kulturellen Heimaterbes" der Heimatvertriebenen und zur Förderung der kulturellen Bestrebungen nach wie vor 800.000 DM zur Verfügung stehen. 4.5 Millionen DM sollen wiederum für die Erfüllung von Suchdienstaufgaben und zur dokumentarischen Erfassung der deutschen Kriegsgefangenen, der Wehrmachtsvermißten, der Zivilverschleppten, der Zivilgefangenen und der vermißten Heimatvertriebenen verwendet werden.

Die deutsche Gesamterhebung

Die landsmannschaftlichen Sachbearbeiter der Gesamterhebung tagen am 19. Jänner in München. Hier handelt es sich um die Klärung des Schicksals von insgesamt 18.5 Millionen Deutscher, die im ost- und südostdeutschen Raum nach dem Stand von 1939 dort lebten. Die Rückkehr der Kriegsgefangenen ermöglicht es nunmehr, auch diese in die Aufklärungsaktion über Verschollene und Vermißte einzuschalten. Nach den gegenwärtigen Schätzungen belaufen sich die Zahlen auf 100.000 verschollene Kriegsgefangene, 1.25 Millionen Wehrmachtsvermißte, 800.000 Zivilverschleppte, 1.5 Millionen vermißte Heimatvertriebene sowie um 17.000 vermißte Kinder und 16.000 Kinder, deren Eltern gesucht werden.

Sein Wort in Gottes Ohr!

Daß die „Sudetenpost" in ihrer letzten Folge das österreichische Parallelprogramm eine „lächerliche Maus" nannte, hat, wie wir zu hören bekamen, in dem für das Vertriebenenwesen zuständigen Ministerium rote Köpfe verursacht. Tut man nichts, so soll man dort gesagt haben, wird man angegriffen, tut man etwas, ist es ihnen auch nicht recht. Nun, es kommt immer darauf an, was man tut. Ja, wir sind sogar bereit, den Willen für's Werk zu nehmen, wenn man wirklich einen kräftigen Willen verspürt. Aber kann man sechs Millionen angesichts des Umfanges des Problems und des österreichischen Budgets wirklich im Ernst „Etwas" nennen? Kann man es „Etwas" nennen, wenn zu diesem Programm der österreichischen Regierung von Bankseite ganze drei Millionen aufgebracht werden, während zu dem UNREF-Kreditprogramm von 30 Millionen die Geldinstitute 20 Millionen beigesteuert haben? Die Sicherungen wären ja dort und da die gleichen! Zudem gehen von den neun Millionen noch 200.000 S für die beratenden Organisationen ab, wobei man um die Feststellung nicht herumkommt, daß man jene Organisationen, die ihre Bewährungsprobe bereits abgelegt haben, auf die Seite geschoben hat. Wenn beim UNREF-Programm, das für Mandatsflüchtlinge bestimmt ist, Hauptträger der Beratung die ausländischen Hilfsorganisationen sind, so ist das irgendwie logisch. Daß beim österreichischen Programm für die Eingebürgerten aber die Landsmannschaften, die wohl den engsten Kontakt und die intimste Kenntnis der Verhältnisse haben, ausgeschaltet worden sind, kann man mit logischem Verstande weniger begreifen!

Da aber eine offizielle Stellungnahme noch nicht vorliegt (sie wurde uns „angedroht"), so ist es noch zu früh, zu der amtlichen Argumentation Stellung zu nehmen. Es liegt bisher nur eine inoffizielle Stellungnahme vor, die in der „Brücke" (Beilage des „Linzer Volksblattes") von Abg. Machunze abgegeben worden ist. Wir bedauern es, daß dabei mehr der Standpunkt der Regierung als der der Betroffenen eingenommen worden ist. (Persönlich bedauere ich es als Gründer der „Brücke", die für ganz andere Zwecke bestimmt war!) Abg. Machunze bedauert unsere Vorwürfe gegen die Regierung. Er sagt, es möge richtig sein, daß der Beitrag nicht ausreichend ist, aber müsse nicht doch einmal irgendwo begonnen werden? Sein Wort in Gottes Ohr! Aber eben da liegt der Hase im Pfeffer! Während das UNREF-Programm ein Programm für fünf Jahre ist und der Beitrag von 30 Millionen die erste Jahresrate darstellt, die nach den Ankündigungen in den kommenden Jahren noch erhöht werden dürfte, ist das österreichische Parallelprogramm ein einmaliges Programm, das im Jahre 1955 vorgesehen war und dem für das Jahr 1956 keine Fortsetzung im Budget erblüht ist. Mit den vorgesehenen 8.8 Millionen kann man bei einem vorgesehenen Kreditrahmen von rund 40.000 S für den Einzelfall gerade in 220 Fällen zur Gründung und Sicherung von gewerblichen Existenzen eingreifen. Wer aber möchte behaupten, daß damit das Problem zu lösen ist?

Die Vertriebenen könnten sich aber selbst mit diesem Programm noch begnügen, wenn es der Teil eines auf lange Sicht abgestellten Seßhaftmachungs-Programmes wäre. Dafür würden von Jahr zu Jahr mehr Mittel zur Verfügung stehen, weil ja infolge des Bezuges von Renten und Pensionen die Zahl derjenigen Vertriebenen, die auf die öffentliche Hand angewiesen sind, immer mehr sinkt. Es werden damit von Jahr zu Jahr mehr öffentliche Mittel frei, die für die Seßhaftmachung eingesetzt werden könnten. Auf Grund dieser absinkenden Belastung (und auf der anderen Seite vermehrten Einnahmen aus den Vertriebenen-Betrieben) hätte sich ein langfristiges Programm auf-

stellen lassen, das im Wege der Vorfinanzierung sogar rasch zum Tragen gekommen wäre. Daß man sich begnügt hat, einen einmaligen Beitrag von sechs Millionen auszuwerfen, das ist eben das Bedauerliche und in Anbetracht der Größe des Problems eine Lächerlichkeit.

Abg. Machunze macht uns darauf aufmerksam, daß auch das landwirtschaftliche Seßhaftmachungs-Programm sich zunächst nur auf zehn Millionen belief, während in den weiteren Jahren noch zwanzig Millionen flüssiggemacht worden sind. Hier wurde vergessen zu sagen, daß auch diese Mittel von der UNREF stammen.

Wir sind die letzten, die nicht jede Bemühung anerkennen würden, das Elend der Vertriebenen in Oesterreich zu mildern. Was getan wurde, soll gewiß nicht klein gemacht werden. Daß den bisherigen Bemühungen ein so geringer Erfolg beschieden war, resultierte daraus, daß man in den ersten Jahren — und das dauerte gut bis zum Jahre 1952 — die einzige Lösungsmöglichkeit im Abschub der Vertriebenen aus Oesterreich gesehen worden ist. Erst als diesen Bemühungen nicht der gewünschte Erfolg zuteil wurde, sondern sich die Vertriebenen trotz mancher Verlockungen im Ausland an das altösterreichische Vaterland klammerten, verstand man sich dazu, Eingliederungsmaßnahmen zu ergreifen. Und auch diese wurden nicht in ein einheitliches Programm hineingestellt. Der Fehler ist von vorneherein gewesen, daß die Flüchtlingsfragen zum Innenministerium ressortierten, das seiner Natur nach nicht für die Erstellung wirtschaftlicher Programme da ist, sondern für polizeiliche Maßnahmen. Das wiederholt erhobene Begehren, das durch die große Zahl der Vertriebenen gerechtfertigt gewesen wäre, nämlich eine selbständige Regierungsstelle für Vertriebenenfragen zu errichten, die über eigene Budgetmittel verfügt, ist immer abgelehnt worden. Schon in dieser Tatsache mußte man immer den mangelnden Willen zu einer wirtschaftlichen Lösung erblicken, darum ist auch nie das herausgekommen, was hätte herauskommen sollen. Darum auch herrscht in der uns heute am dringendsten berührenden Frage der Vermögensanmeldung ein derartiges Tohuwabohu, weil keine federführende Stelle da ist, die den Betroffenen sagen könnte, was sie nun eigentlich tun sollen. Das Finanzministerium sagt „Anmelden", gibt aber keine weiteren Aufklärungen, das Außenministerium ist zu innerösterreichischen Erhebungen offenbar nicht befugt und die Abteilung 12 U des Innenministeriums hält sich anscheinend auch nicht für zuständig, den Vertriebenen mit Rat und Tat beizustehen.

Aber vielleicht ist es noch immer nicht zu spät, schließlich sind ja seit der Erkenntnis, daß die Vertriebenen ein achtenswerter Bestandteil Oesterreichs sein könnten, erst 3 oder 4 Jahre alt. Darum hoffen wir — und wollen uns da gerne der Ansicht von Abg. Machunze, wenn sie auch noch nicht durch Tatsachen und auch nicht durch die bisherigen Erfahrungen fundiert wird, anschließen: daß nämlich das Parallelprogramm wirklich nur ein Anfang ist. Vorläufig allerdings ist es schon wieder abgestoppt worden. Denn obwohl es seit dem Beschluß des Ministerrates neun Monate auf sich warten ließ, waren die Vorarbeiten doch nicht so sorgfältig, daß man sich heute schon im klaren wäre, ob nun die Hilfsorganisationen und Parteiorganisationen oder aber die Geldinstitute zur Beratung und Mitarbeit berufen wären. Und das läßt unseren Mut wieder etwas sinken.

Gustav Putz

Ehrensalut für Adenauer in Joachimstal

Die unfreien Tschechen setzen alle Hoffnung in den Westen

Die „Sudetenpost" hatte Gelegenheit, mit einem in letzter Zeit entlassenen Zwangsarbeiter aus der Tschechoslowakei zu sprechen, der einen großen Teil seiner Haft im Uranbergwerk Joachimstal zugebracht hat.

In den tschechischen Zwangsarbeitslagern trifft sich die ganze politische Prominenz der Vergangenheit der CSR. Vielleicht kennzeichnet ein Witz am besten die Situation. Ein tschechischer SMB-Mann (Sicherheitsdienst) kommt in eine Baracke und fragt die Anwesenden, warum sie im Lager sind. „Ich war gegen Slansky", antwortet der erste. „Ich war für Slansky", der zweite. „Und Sie?" fragt der SMB-Mann den dritten. „Weil ich Slansky bin." So findet man in den Lagern heute die slowakischen Autonomisten, die Demokraten, die Agrarier, Angehörige der katholischen Volkspartei, tschechische Nationalsozialisten, aber auch die erste Garnitur der Kommunisten. Ihnen allen ist gemeinsam der Haß gegen das derzeitige Regime und den Bolschewismus, aber auch die Hoffnung auf die westliche Welt, insbesondere auf Westdeutschland.

Die Insassen sind weltanschaulich bestens geschult. Zwar stehen ihnen nur kommunistische Zeitungen und die Sendungen des Regime-Rundfunks zur Verfügung, aber sie wissen zwischen den Zeilen zu lesen und sich auf die Meldungen den rechten Reim zu machen. Und die Häftlinge reagieren auf die Propagandareden richtig. So wurde ihnen eine Gemeinschaftssendung geboten, als ein Fußballspiel Tschechoslowakei gegen Deutschland ausgetragen wurde. Die Tschechen waren siegesgewiß. Da sollte einmal gezeigt werden, wie das jugendlich-kraftvolle volksdemokratische Volk über den morschen Westen siegt. Das ganze Lager sollte vor Freude aus dem Häuschen geraten. Es kam aber anders. Als die Deutschen Anfangserfolge erzielten, tobte das Lager vor Freude. Dann schlug die Stimmung um, als die Tschechen in Führung kamen und es herrschte Grabesstille bei jedem tschechischen Tor, selbst bei den tschechischen Zuhörern. In den darauffolgenden Tagen begegneten die Deutschen im Lager bösen Mienen. Man machte sie gewissermaßen persönlich haftbar für den Mißerfolg der deutschen Mannschaft.

Durch den ständigen Zuwachs sind die Lagerinsassen trefflich über alle Vorgänge in der Außenwelt informiert. Um den Lagerzuwachs zu hemmen, schrieb ein Witzbold über eine Lagertür die Worte: Lidé bdéte, neblbnéte, všichni sem se nevejdete. (Leute, seid wachsam, aber blödelt nicht, denn alle könnt ihr ohnehin nicht herein!) Die letzte Wahl in Deutschland im Jahre 1953 wurde im Lager mit dem größten Interesse verfolgt. Als es nun zum großen Siege Adenauers kam, war die Freude darüber unbändig. Als ob es ausgemacht wäre, wurden an diesem Tage in jeder Schicht im Bergwerk hundert Schüsse geschossen, während sonst das Tagespensum etwa 36 Sprengungen ist. Ein donnernder Ehrensalut für Adenauer!

Die Haltung der Insassen der Zwangsarbeitslager gegenüber Deutschland ist differenziert. Während die slowakischen Zwangsarbeiter zu 95 Prozent deutschfreundlich sind, sind bei den Tschechen drei Gruppen zu unterscheiden. Die bäuerlichen Kreise und die Jugend sind deutschfreundlich und wünschen die Wiederkehr der Deutschen in das Land. Die klerikalen Kreise sind zwar deutschfreundlich, aber gegen die Rückkehr der Sudetendeutschen. Die Benesch-Kreise verharren in ihrer Deutschfeindlichkeit, wenn sie auch sagen, daß die Austreibung nicht in der Form hätte geschehen sollen. Für die deutschfreundliche Haltung der Slowaken ist kennzeichnend, daß sie an hohen Festtagen offiziell bei ihren deutschen Mithäftlingen aufmarschierten und ihnen in aller Form die Festtagswünsche überbrachten.

Bei den Wahlen in der Slowakei waren 1946 praktisch nur zwei Gruppen zugelassen: die Kommunisten und die bürgerlichen slowakischen Demokraten. Die Kommunisten trieben ein teuflisches Propagandaspiel: sie wußten, daß die Mehrheit der Slowaken an der Autonomie des Landes festhielt und setzten daher die Autonomie auf ihr Wahlprogramm. Die Demokraten vertraten hingegen mehr den zentralistischen Standpunkt der Tschechen. Es zeugt für die politische Reife der slowakischen Wähler, daß sie den Kommunisten nicht ins Garn gingen. Während in der Tschechei die Kommunisten 52 Prozent der Stimmen erhielten, errang die Demokratische Partei in der Slowakei eine überwältigende Mehrheit von 60 Prozent. Was ihnen nachher passierte, gehört auf ein anderes Blatt. Die Führer landeten ziemlich rasch in den Gefängnissen. Dr. Stasko wurde nicht in das Parlament eingelassen, sondern über Weisung von Benesch von den tschechischen Nationalsozialisten hinausgeprügelt.

Gottwald beglückwünschte nach den damaligen Wahlen den slowakischen Demokraten Ursiny und sagte ihm: Doktor Husak (der slowakische Kommunistenführer) hat mich geärgert. Er wickelte aber Ursiny so weit ein, daß mit Hilfe der Demokraten die Zügel des kommunistischen Zentralismus straff angezogen werden konnten.

Diese Politik hatte zur Folge, daß sich fast die gesamte slowakische Bevölkerung von den beiden Parteien abwandte. Seit 1947 kann man von einem ständigen Aufstand in der Slowakei sprechen, der nicht eine einzelne Widerstandsgruppe, sondern praktisch das ganze Volk erfaßt hat. Selbst aus den kleinsten Gemeinden werden daher dauernd neue Häftlinge in die Konzentrationslager eingeliefert. Ursiny selbst, der Held des slowakischen Partisanen-Aufstandes, ist auf sechs Jahre ins Gefängnis gewandert. Lettrich hat sich nach dem Westen abgesetzt.

Die Hoffnung der unterdrückten Bevölkerung ist auf den Westen gerichtet. Eines ist sicher und muß dem Westen auch klar sein, daß eine Aenderung des Regimes in der Tschechoslowakei nicht von innen heraus kommen kann. Dazu ist die Unterdrückung zu groß. Als Beispiel dafür sei angeführt, wie die kommunistischen Solidaritätsaktionen zustande kommen. Irgendwie wird — von Moskau aus? — befohlen, daß für ein „unterdrücktes" kommunistisches Land eine Sonntagsschicht zu fahren sei, etwa für Korea oder die Vietminh. Es wird eine Belegschaftsversammlung einberufen. Ein Arbeiter wird vorher präpariert, daß er den Antrag auf eine Sonderschicht zu stellen hat. Der kommunistische Redner setzt des langen und breiten auseinander, daß ein kommunistisches Volk unter der Unterdrückung der Imperialisten schwer zu leiden habe. Es sei in anderen Betrieben angeregt worden, eine Schicht für sie zu spenden. Dann steht der präparierte Antragsteller auf und beantragt die Schicht. Es wird abgestimmt: Wer ist dafür? Alle Hände heben sich. Wer ist dagegen? Keiner rührt sich. Wer enthält sich der Stimme? Keiner rührt sich. Nachher allerdings wird der Antragsteller beschimpft — aber was konnte er anderes tun?

Die Lebensverhältnisse der „freien" Arbeiter sind schlechter als die der Zwangsarbeiter. Diese bekommen etwa 800 Kronen monatlich, die freien Arbeiter 1200. Aber die Zwangsarbeiter haben Unterkunft und Verpflegung, die freien Arbeiter müssen von ihrem Lohn ihre Familien erhalten. Manch einer hat schon gesagt: hätte ich keine Familie, wäre ich längst bei euch! Die Lebensmittel sind teuer, Kleider und Schuhwerk für den Arbeiter nahezu unerschwinglich. Der Arbeiter kann sich um seinen Lohn etwa acht Kilogramm Butter kaufen, der Arbeiter in Oesterreich durchschnittlich 33 Kilogramm!

Sudetendeutsches Heimatrecht in der Obhut Bayerns

Ministerpräsident Dr. Högner empfing das Präsidium des Sudetendeutschen Rates

In der Bayrischen Staatskanzlei empfing am 26. Jänner Ministerpräsident Dr. Högner als Präsidialmitglieder des Sudetendeutschen Rates die Bundestagsabgeordneten Hans Schütz, Richard Reitzner, Dr. Johannes Strosche und den Geschäftsführer MdL. Dr. Walter Becher. Der Empfang erneuerte die alte traditionelle Verbindung, die zwischen der „Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen" und der Bayrischen Staatskanzlei bereits in den Jahren unmittelbar nach dem Zusammenbruch aufgenommen wurde. Die Adressen, die der geschäftsführende Vorsitzende des Sudetendeutschen Rates und der bayrische Ministerpräsident bei dieser Gelegenheit wechselten, bestätigten die Bedeutung, die dem Sudetendeutschtum gerade in Bayern zukommt. Das Wort von dem „vierten bayrischen Stamm", der mit der 1 Million Sudetendeutscher neu erstanden sei, soll im Sinne enger Zusammenarbeit und gegenseitiger Hilfe verstanden werden. Staatsrechtliches Gewicht kommt der Erklärung des bayrischen Ministerpräsidenten zu, der sich dazu bekannte, daß Bayern im Rahmen seiner Schirmherrschaft über die sudetendeutsche Volksgruppe auch den Anspruch der Sudetendeutschen auf die friedliche Durchsetzung ihres Heimatrechtes in seine Obhut genommen hat. Sie entspricht der einstimmig begrüßten Erklärung des Bundestages vom 14. Juli 1955, die das zwischen Pankow und Prag am 23. Juli 1950 abgeschlossene Uebereinkommen als nichtig verurteilte und die Vertreibung der Sudeten- und Karpatendeutschen als völkerrechtswidrig bezeichnete.

Sudetendeutscher im Europa-Rat

Zum stellvertretenden Sprecher der deutschen Delegation im Europa-Rat wurde MdB Ernst Paul gewählt. Ernst Paul ist Sudetendeutscher und gehört dem Präsidium der Seliger-Gemeinde an.

Dr. Lodgman spricht zu den Tschechen

Für die nächste Zeit ist ein Appell Doktor Lodgmans von Auen, des Sprechers der SL, an die tschechische Bevölkerung in Böhmen, Mähren und Schlesien geplant, den er in tschechischer Sprache über den Sender Madrid halten wird.

Damit folgt Dr. Lodgman von Auen dem Beispiel des Generals Prchala und des Generalsekretärs des Tschechischen Nationalrates, Dr. Karl Locher. Dieser, der auch der Sprecher der tschechischen Sendungen über Radio Madrid ist, erklärte in seinem Aufruf u. a., das Abkommen von München sei die größte Katastrophe in der Geschichte des tschechischen Volkes gewesen. Dieser Aufruf wurde von Madrid bereits zweimal gesendet.

Deutsche und Tschechen

Im Christ-Königs-Heim in Hohenheim bei Stuttgart hielt die sudetendeutsche Ackermann-Gemeinde eine Tagung über das Thema „Deutsche und Tschechen in Vergangenheit und Gegenwart".

Dr. Helmut Slapnička, Linz, führte dazu u. a. aus: „Durch die Austreibung ist die deutsch-tschechische Frage nicht gelöst; Deutsche und Tschechen bleiben Nachbarn. Soziologen und Anthropologen haben nachgewiesen, wie ähnlich die beiden Völker sind. Während der letzten Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts zogen sich beide Völker immer mehr voneinander zurück. Man ging einander immer mehr aus dem Wege und das Nebeneinanderleben zweier Völker in einem Lande wurde auf beiden Seiten nicht mehr als Bereicherung, sondern als Last empfunden. Nicht der nationale Streit, der Kampf und die Auseinandersetzung sind charakteristisch für die letzten 100 Jahre. Die vollkommene Fremdheit, mit der schließlich beide Völker einander gegenüberstanden, sowie die absolute Gleichgültigkeit sind es, die erst die Rücksichtslosigkeit, die Grausamkeit und die Härte der Maßnahmen von 1945 begreiflich machen."

Redakteur Hermann Hönig, Stuttgart, behandelte die deutsche Seite des Themas und stellte eingangs die Frage, welche Ressentiments aus der Zeit bis 1938 bei Tschechen und Sudetendeutschen noch lebendig seien. Hier erwähnte er vor allem die ständige Furcht der Tschechen vor dem deutschen Uebergewicht in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht und die allgemeine deutsche Furcht vor der „Geburten-Offensive" der Westslawen, insbesondere auch der Tschechen. Viel schwerer sei es mit den Ressentiments, die aus den Ereignissen von 1938 bis zum heutigen Zeitpunkt in beiden Völkern angesammelt wurden. Hier wird es auf eine Auflockerung vorerst auf rein menschlicher Basis ankommen. Diese Arbeit muß im sogenannten „vorpolitischen Raum" in Angriff genommen werden, wo sich viele unausgeschöpfte Möglichkeiten ergeben.

Bonn regelt Staatsbürgerschaft

Der deutsche Bundestagsausschuß für innere Verwaltung und der Rechtausschuß haben die Beratungen über einen Gesetzentwurf zur Bereinigung deutsch-österreichischer Staatsangehörigkeitsfragen abgeschlossen. Der Entwurf kann jetzt vom Bundestag verabschiedet werden. Der Gesetzentwurf stellt fest, daß die mit dem „Anschluß" verordnete deutsche Staatsangehörigkeit seit 1945 für alle Oesterreicher erloschen ist.

Die Sudetendeutschen in der CSR-Armee

Die für die „deutschsprechenden Werktätigen" in der Tschechoslowakei in Prag herausgegebene Zeitung „Aufbau und Frieden" weist darauf hin, daß vor einem Jahre die Einberufung der wehrpflichtigen in der Heimat verbliebenen Sudetendeutschen in die tschechische Armee begann. Das Blatt berichtet hierzu, daß die „Soldaten deutscher Nationalität" anfänglich „mit viel Schwierigkeiten zu kämpfen" hatten, weil sie ..sich mit den Kommandanten und den übrigen Soldaten nur ungenügend verständigen" konnten. Sie hätten oftmals nicht einmal die Kommandos verstanden „und konnten sich auch nicht bei der politischen Mannschaftsschulung Aufzeichnungen machen". Dabei enthüllt das Blatt, daß die wehrpflichtigen Sudetendeutschen nahezu ausschließlich zu den sogenannten „technischen Militäreinheiten" einberufen wurden, also zu Arbeitsbataillonen, für welche sonst nur Söhne von tschechischen „Kulaken", ehemaligen „Kapitalisten" und vorbestrafte Elemente einberufen werden.

Der deutsche VdL kümmert sich um Oesterreich

Wirtschafts- und sozialpolitische Informationen

Seit Inkrafttreten des Lastenausgleichsgesetzes hat sich in einem immer steigenderem Maße gezeigt, daß eine große Reihe von Problemen der Vertriebenen noch ihrer gesetzlichen Regelung harrt und so lange diese nicht erfolgt, für sehr viele Geschädigte unbillige Härten entstehen. Es dürfte bereits heute als sicher gelten, daß die geplante 6. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz nur einen Teil der Probleme regeln wird und somit die Vielzahl der noch zu lösenden Aufgaben im Lastenausgleichsschlußgesetz geregelt werden muß, das spätestens bis zum 31. März 1957 erlassen werden soll. Damit dieses Gesetz geschaffen werden kann, muß Klarheit über den Umfang der zu berücksichtigenden Schäden vorliegen. Es muß also die Feststellung der Schäden bereits erfolgt sein. Voraussetzung dafür ist, daß die für die Schadensfeststellung erforderlichen gesetzlichen Bestimmungen vorliegen. Die Herausgabe der Durchführungsbestimmungen zur Schadensfeststellung erfolgt so schleppend, daß der Eindruck entsteht, sie würde von bestimmten Stellen beabsichtigt, um zu gegebener Zeit ein Argument für eine noch nicht mögliche Abgeltung der den Vertriebenen entstandenen Schäden zu haben. Der Verband der Landsmannschaften ist daher besonders um die Beschleunigung der Schadensfeststellung bemüht.

Das Lastenausgleichsschlußgesetz soll die endgültigen Bestimmungen über die Abgeltung der den Vertriebenen entstandenen Schäden bringen. Es müssen noch viel Probleme, von denen wir heute nur eines herausgreifen wollen, in diesem Gesetz ihre Regelung finden.

Sehr viele Vertriebene sind nach ihrer Vertreibung nach Oesterreich gegangen. Sie wollten aber nach Deutschland, wohin sie aber schon in den Maitagen 1945 legal aus Oesterreich nicht mehr kommen konnten. Wenn dieser Personenkreis heute in das Bundesgebiet kommt, so ist er, abgesehen von dem Fall der Familienzusammenführung, nicht antragsberechtigt.

Bei der Familienzusammenführung besteht noch die Härte, daß der nachträglich Zugezogene mit einer Person zusammengeführt werden muß, die schon am 31. Dezember 1952 oder spätestens sechs Monate nach der Vertreibung oder als Heimkehrer nach den Vorschriften des Heimkehrergesetzes im Geltungsbereich des Grundgesetzes oder in Berlin (West) ständigen Aufenthalt genommen hatte. Der Verband der Landsmannschaften in der Bundesrepublik strebt an, die heute noch für viele Personengruppen bestehenden Härten durch entsprechende Regelung im Lastenausgleichsschlußgesetz zu beseitigen.

Juwel am Goldenen Steig: Prachatitz

Wie eines Wildstroms Wellen
rauscht es und braust es ans Tor,
struppige rohe Gesellen
stehen drohend davor,
schwingen die Morgensterne
in der verkrampften Hand,
bis in die fernste Ferne
gellt ihr Schlachtruf durchs Land:
Rache für Hus!

Sengen, Spießen und Morden,
brennender Dörfer Schein,
Schirm uns, Herr Christ, vor den Horden,
die durch die Nächte schrei'n:
Rache für Hus!

Robert Hohlbaum

Das war der schwärzeste Tag in der Geschichte von Prachatitz, als Johannes Zizka von Trotznow gegen die Stadt rückte, nachdem die Prachatitzer Bürger den hussitischen Kleriker und Kirchenglöckner Andreas von Wyrow auf offenem Platze verbrannt hatten: 85 Bürger ließ der Hussitenfeldherr in die Sakristei sperren, Pech und Stroh über sie werfen und anzünden. Mit letzter Kraft und in Todesangst klammerten sich die Verzweifelten an das eiserne Gitter, das heute noch gebogen ist, Zeugnis von bitterer Todesnot ablegend. 230 Männer ließ Zizka auf dem Ringplatz zusammentreiben und hinrichten, ihre Frauen und Kinder aus der Stadt treiben.

So rächte sich Zizka an der Stadt, aus deren Lateinschule Johannes Hus hervorgegangen war. Schon im 14. Jahrhundert hatte es dieser hervorragende Handelsplatz am Goldenen Steig zu großer Blüte gebracht. Ottokar II. hatte den bis dahin unbefestigten Flecken, der seit 1088 durch eine Schenkung Wratislaws II. an das Wyschehrader Domkapital übergegangen war, zur Stadt erhoben und ihr das Recht der Befestigung erteilt. 1394 wurde ihr das Marktrecht verliehen. Aber schon wesentlich früher scheint dieser Platz am Goldenen Steig Bedeutung gehabt zu haben. Wie sonst ließe sich die Tatsache erklären, daß in dem heutigen Dörflein Alt-Prachatitz Münzen aus der Zeit des Kaisers Vespasian, ja auch Heiden- und Hügelgräber aus der Bronzezeit gefunden wurden?

Der Hussitensturm brachte die Wyschehrader Domherren um den Besitz der Stadt. Nach der Niederwerfung der Hussiten ließ sich Kaiser Sigismund den Treueid von den Prachatitzer Bürgern leisten und nahm die Stadt in die Reihe der königlichen Städte auf. Der Propst von Wyschehrad hatte das Nachsehen. Auch die Besitznahme durch Ulrich von Rosenberg änderte nichts an dem Kroneigentum, erst 1501 kauften die Brüder Peter und Ulrich von Rosenberg die Stadt dem Kaiser ab.

Die Zeit der Rosenberger hat Prachatitz ihren Stempel aufgedrückt, die schönsten Bauten stammen aus dieser Aera. Der große Schwibbogen zeigt das Doppelwappen und die Jahreszahl der Erwerbung. In nächster Nähe steht ein einstöckiges Haus: die Literatenschule. Man bezeichnet es als Wohnung des Johannes Hus. Das Rathaus, Bräuhaus und das Patrizierhaus der Syter aus Wallern wurden durch prächtige Sgraffiti geschmückt. Prächtig ist besonders der Renaissancebau des Rathauses, des ehemaligen Rosenberger Schlosses, Inschriften in deutscher, lateinischer und tschechischer Sprache unterstreichen die Bedeutung des Baues, der leider in einem großen Brand viel von seiner Schönheit verloren hat. Oben sind die acht Tugenden abgebildet: Geduld und Klugheit, Liebe und Gerechtigkeit, Glaube und Hoffnung, Stärke und Mäßigkeit. Im Mittelfeld des zweiten Stockwerkes steht die Gestalt eines geldstreuenden, bärtigen Mannes, aus dessen Mund eine Lilie und — ein Schwert herausragen. Der rechte Fuß ist ein Menschenfuß, der linke eine Bärentatze. Auf der Brust trägt der Mann eine Löwenhaut. Unterhalb des Fenstersimses zieht sich eine Reihe von Darstellungen aus der Bibel, die auf die Gerechtigkeit anspielen: das Urteil Salomons, Susanna mit den beiden Alten, Susanna im Bad, ein reicher Angeklagter, der den klagenden Armen mit einem Geldbeutel beschwichtigt. Ein bestechlicher Richter wird lebendig geschunden. Zwischen den Erdgeschoßfenstern ein Totentanz. Man wird selten — selbst im kunstreichen Südböhmen — ein so reichgeschmücktes Bauwerk finden.

Auch das alte Gemeindehaus gegenüber ist von oben bis unten mit Sgraffiti und Arabesken bebildert. Fünf riesige Landsknechte beherrschen das Bild. Unter ihnen nimmt die ganze Wandbreite die Darstellung einer gewaltigen Schlacht ein. (Ein Teil dieser Bilder ist abgenommen und nach Wien gebracht worden.)

Sinnreiche Darstellungen zieren auch das sogenannte Herrenhaus (das Gasthaus Zdiarsky). Wieder sind es Gerechtigkeit, Geduld, Klugheit und Stärke, die hier symbolisiert werden. Offenbar hat man den entsetzlichen Erlebnissen des Hussitensturmes gerade diese Tugenden als die entscheidenden in der Gemeinschaft angesehen.

Durch ein Gewirr von Gäßchen gelangt der Besucher der Stadt zum unteren Tor der alten Ringmauer. Das ist ein kraftvoller, burgartiger Bau. Hier befand sich die Säumerglocke, hier hielten Torwart und Salzzöllner Wacht. Das überlebensgroße Reiterstandbild Wilhelms von Rosenberg in schwerer Rüstung, auf der gepanzerten Brust die fünfblättrige Rose, krönt die Zinnen. Die Leute damals haben fest gebaut! Aus zwei Meter dicken Mauern, die 30 Fuß hoch waren, sprangen zehn kreisrunde Bastionen. Ein tiefer Graben trennte diese Befestigung von einer Vormauer. Vier Teiche konnten den ganzen Graben mit Wasser füllen.

Stadtbeherrschend erhebt sich über Giebeln und Erkern die gotische Jakobskirche, anfangs des 14. Jahrhunderts erbaut, von den Hussiten verwüstet und nach dem Brande von 1507 fast völlig neu errichtet. Die mächtigen Tore, Pfeiler und Fensterumrahmungen sind aus dem Glimmerdiorit gemeißelt, der sich im Flanitztale zwischen Sablat und Husinetz findet. Auf dem Orgelchor befindet sich ein Oelbild, darstellend das Kircheninnere zur Zeit Rudolfs II., die ganze Literatenschule von Prachatitz darstellend, markante Köpfe, in faltenreichen Mänteln fast verschwindende Gestalten.

Berühmte Männer haben den Namen von Prachatitz getragen: Christianus von Prachatitz war ein bedeutender Astronom und Mediziner der Prager Universität; Johann von Prachatitz, Abt von Strahov. Hans Buchsbaum, genannt Hans von Prachatitz, baute mit am Stephansturm in Wien und schuf die Spinnerin am Kreuz. Berühmt ist der Dichter Josef Meßner, 1822 als Sohn eines Fleischhauers geboren, der eine Reihe von historischen Erzählungen verfaßte. Nach einem Wanderleben starb er 1862 in seiner Heimatstadt. Johann Nepomuk Neumann, 1811 als Sohn eines evangelischen Strumpfwirkers in Prachatitz geboren, wanderte mit 25 Jahren nach Amerika aus, wurde dort katholischer Missionär und Bischof von Philadelphia, wo er im Rufe der Heiligkeit starb.

Kehren wir aber zu den Geschicken der Stadt zurück: Kurz nach dem Erwerb der Stadt durch die Rosenberger wurde sie durch einen Brand nahezu völlig zerstört. Das neue Schloß, die Kirche, die Kirchtürme samt den Glocken und zahlreiche Urkunden gingen zugrunde. 1589 raffte die Pest die Hälfte der Einwohner hinweg, ungefähr 700 Menschen. Im Dreißigjährigen Krieg erschien der Tschechenführer Mansfeld am 1. November 1619 vor Prachatitz und nahm es nach viertägiger Belagerung ein. Ein Jahr später eroberte Buquoy die Stadt dem Kaiser zurück. Die Stadt verlor alle Freiheiten, Privilegien und Güter und wurde an den Staatsminister Hans Ulrich von Eggenberg verschenkt, der sie katholisch machte. Damit gewann Prachatitz, das bis dahin protestantisch und tschechisch gesinnt war, auch wieder den deutschen Charakter zurück. Oftmals während des Dreißigjährigen Krieges hatte Prachatitz noch Besatzung zu erdulden, auch die Schweden brachen unter General Pfuell ein, der sich rühmte, 800 Ortschaften verwüstet zu haben. Er nahm auch den Primator von Prachatitz mit und gab ihn erst gegen 2500 Taler Lösegeld wieder heraus.

Mit dem Aussterben der Eggenberge ging 1719 Prachatitz in den Besitz der Schwarzenberge über. 1832 vernichtete nochmals ein Brand 137 Häuser, darunter das alte Rathaus. Dem Wiederaufbau fiel manches Kunstwerk zum Opfer, das der Brand verschont hatte. Im letzten Jahrhundert wurde Prachatitz seiner Bedeutung als Salzhandelsplatz zwar beraubt, doch ein vielgesuchter Fremdenverkehrsort. Dazu trug vor allem der nahegelegene Badeort Margaretenbad bei, aber auch die reizvolle Umgebung. Vom Rudolfsturm auf dem Libin (1091 Meter) bietet sich eine entzückende Fernsicht über die Böhmerwaldberge, auf die Dörfer in Böhmen und nahen Bayern und das reiche mittelböhmische Berglang, auf die zahlreichen Teiche der Budweiser Ebene und auf die Grenzberge, die Böhmen von Oberösterreich, unserer neugewonnenen Heimat, trennen, vom Dreisesselberg und Plöckenstein über den Sternstein bis zum Mandestein bei Weitra. Zwischen den bewaldeten Höhen des Böhmerwaldes aber gucken an klaren Tagen die Gipfel der fernen Alpen vom Oetscher bis zum Großglockner hervor. Wahrhaft, hier bot sich dem Beschauer die Schönheit und Größe unseres alten, gemeinsamen Vaterlandes.

Für den Besucher aus Oesterreich war Prachatitz wohl etwas abgelegen. Die 1893 errichtete Bahn Wodnian—Prachatitz, 1899 nach Wallern fortgesetzt, hatte nicht gerade ideale Verkehrsverhältnisse aufzuweisen. Dennoch waren die Villen und Kurhäuser von Margaretenbad zur Sommerszeit immer erfüllt von dem Treiben der Fremden, die auch nach der Lostrennung von Oesterreich vielfach noch aus Wien und anderen Teilen Oesterreichs hieherkamen und sich nicht nur an dem heilkräftigen Wasser die Nerven stärkten, sondern auch an der grandiosen Natur des Böhmerwaldes.

National war Prachatitz immer scharf umkämpft. Dieser Ort war ja den Tschechen, die ihn mit dem Namen Johann Hus verbanden, heilig, und darum haben sie in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg immer getrachtet, eine Mehrheit in der Stadt zu erlangen, was ihnen trotz bekannter Methoden aber nicht immer gelang. Wie heute, nachdem sie ihr nationales Ziel erreicht haben, die Stadt aussieht, wer mag es zu sagen? Die Lebensadern, die einstmals die Stadt zu einer goldenen Stadt gemacht haben, sind zerstört, und die Kräfte, die den Charakter von Prachatitz bestimmten, vertrieben. Später einmal wird wohl die Geschichte sagen: Aerger hat kein Brand die Stadt heimgesucht als das Feuer des nationalen Hasses in den Jahren nach dem zweiten großen Krieg!

SUDETENDEUTSCHE KULTURARBEIT

Das Passionsspiel von Höritz

Die „Sudentenpost" berichtete bereits über die Absicht des Linzer Senders, das Passionsspiel von Höritz in einer Rundfunkbearbeitung heuer zu Ostern wieder aufzuführen. Ueber die Entstehung dieses Spieles hat der Hohenfurther Zisterzienser P. Dr. Valentin Schmidt eingehende Untersuchungen angestellt, die mancherlei Beziehungen zu Oesterreich aufdecken.

Die Höritzer waren von jeher spielfreudig gewesen. Der Leinenweber Paul Gröllhösel schrieb 1816 ein Textbuch für ein Spiel vom Leiden und Sterben Christi, wobei er ein Volksbuch des berühmten Kapuzinerpaters Martin Kochem als Vorlage nahm. Dieser Paul Gröllhösel war der Neffe des aus Höritz stammenden Priesters Thomas Pöschl, der 1806 den Buchhändler Palm in Braunau auf seinem Gange zur Richtung begleitete. Dieser Thomas Pöschl hat nachmals als Kaplan in Ampfelwang ein unrühmliches Aufsehen gemacht. Er gründete eine fanatische Sekte, die wegen ihrer Ausschreitungen das Eingreifen der weltlichen Behörden herbeirief.

In den achtziger Jahren machte Postmeister Tahedl, der die Spiele damals leitete, den Krummauer Gymnasialprofessor Ammann aufmerksam, der ein neues Textbuch verfaßte. Die Musik dazu schrieb der Budweiser Domkapellmeister Ludwig Schmidt. Der deutsche Böhmerwaldbund errichtete ein Spielhaus, das 2000 Personen faßte. Ludwig Deutsch aus Budweis leitete die Vorführungen.

Das letzte Textbuch stammte von Propst Karl Landsteiner von Nikolsburg. Nach diesem Texte wurde nach dem ersten Weltkriege das Passionsspiel wieder ins Leben gerufen, wobei man sich den früheren Linzer Theaterdirektor Max Höller als Spielleiter heranholte. Ganze Züge von Teilnehmern kamen aus dem benachbarten Oberösterreich damals nach Höritz zu den Passionsspielen, die alle drei Jahre aufgeführt wurden, in der Regel vom Pfingstmontag an den ganzen Sommer hindurch bis zum September. Das Spiel begann mit dem Sündenfall im Paradies und zeigte in 27 Bildern zunächst Szenen aus dem Alten Bunde und dann Bilder von der Verkündigung bis zum Einzug Jesu in Jerusalem. Diese Bilder füllten den Vormittag aus. Nachmittags folgte dann nach einer Mittagspause die eigentliche Leidensgeschichte bis zur Auferstehung. Die Darsteller waren durchaus Laien, sie lebten sich aber mit einem Ernst in das Spiel ein, daß alle Zuschauer immer tief ergriffen waren.

Nicht nur die Böhmerwäldler werden sich freuen, wenn der Sender Linz seine Absicht, das alte Spiel wieder in Erinnerung zu bringen, wahrmacht.

Dr. Cysarz 60 Jahre

Am 29. Jänner vollendete der in Oderberg geborene sudetendeutsche Germanist, Geschichtsphilosoph und Schriftsteller, Prof. Dr. Herbert Cysarz, sein 60. Lebensjahr. Der im ersten Weltkrieg schwerverletzte Gelehrte war bereits mit 26 Jahren Dozent und mit 30 Jahren a. o. Professor in Wien, 1927 bis 1938 als Nachfolger von August Sauer an der Universität Prag Ordinarius für neuere Germanistik, längere Zeit auch Vertreter der Lehrkanzel für Vergleichende Literaturgeschichte, 1938 bis 1944 an der Universität München.

Ostdeutscher Kulturkreis in Bayern

Auf der Kulturtagung des Verbandes der Landsmannschaften (VdL) am 22. Jänner in Augsburg wurde gefordert, einen ostdeutschen Kulturkreis in Bayern zu gründen. Prof. Dr. Valjavec referierte über Grenzen und Möglichkeiten landsmannschaftlicher Kulturarbeit, Reinhard Pozorny, Bundeskultursachbearbeiter der Sudetendeutschen Landsmannschaft, über Heimat- und kulturpolitische Aufgaben der Landsmannschaften, Dr. Joachim Herrmann, der Bundes-Kulturreferent der Schlesischen Landsmannschaft, sprach über kulturelle Breitenarbeit. Organisationsfragen und Aufgaben des VdL erörterte in Vertretung von Dr. Paul Illing Dr. Turczynski, München.

Nicht nur die Kommunisten . . .

Die Geschichte der zweiten tschechischen Republik darf nicht verfälscht werden

Kurz vor Weihnachten 1943, am 12. und 13. Dezember, wurde der tschechoslowakisch-sowjetische Vertrag in Moskau beschlossen und unterzeichnet. Dr. Eduard Benesch und Zdenek Fierlinger, beide Nichtkommunisten, haben die Tschechoslowakei und damit Mitteleuropa von der westlichen Kultur abgeschrieben und haben sie dem Willen Moskaus unterworfen.

Die sogenannte Londoner tschechoslowakische Regierung, geführt von Benesch und Sramek, in der schon Ripka, Majer, Stransky und die übrigen waren, fuhr nach Moskau, um sich dort mit der sogenannten Moskauer Exilregierung zu vereinigen, in welcher Gottwald, Nejedly, Slansky u. a. saßen.

Dieser Schritt Beneschs war mit Absicht geschehen und wie er selbst erklärte, war er symbolisch! Denn er wollte aus dem Osten in die CSR zurückkehren und nicht aus dem Westen. Damit wollte er offensichtlich auch darauf hinweisen, welchen Kurs die tschechoslowakische Politik einschlagen wird!

In der Sowjetunion wurde dann die tschechoslowakisch Regierung konstituiert, die sich dann allerdings amtlich erst auf tschechoslowakischem Boden, in Kaschau, konstituierte.

Schon die Tatsache allein, daß die erste Haltestelle in der Tschechoslowakei erst in Kaschau war, zeigte, daß der Teil der CSR östlich von Kaschau an die Sowjets abgeschrieben war.

Zuerst mußte jedoch fast die ganze tschechoslowakische Armee im Dukla-Paß ausgerottet werden, wo Soldaten der tschechoslowakischen Armee ohne Waffen von den Bolschewiken in den Kampf getrieben wurden. Auch diese Ausrottung kann man heute nach einem Zeitabstand symbolisch für das traurige Schicksal der Völker und Völkergruppen der damaligen CSR bezeichnen.

Am 4. April 1945 hat Dr. Eduard Benesch in Kaschau das Ernennungsdekret für folgende Regierung herausgegeben:

J. David, stellvertretender Ministerpräsident;
K. Gottwald, detto (KP);
V. Siroky, detto (KP);
Msgr. Dr. Sramek, detto;
Jan Ursiny, detto;
J. Masaryk, Außenminister;
Gen. L. Svoboda, Verteidigungsminister;
Dr. H. Ripka, Außenhandelsminister (heute Rat d. f. T.);
V. Nosek, Innenminister (KP);
Dr. V. Srobar, Finanzminister;
Prof. Dr. Z. Nejedly, Schulminister (KP);
Dr. J. Stransky, Justizminister (heute Rat);
V. Kopecky, Informationsminister (KP);
B. Lauschman, Industrieminister;
J. Durisch, Landwirtschaftsminister (KP);
Gen. A. Hasal, Verkehrsminister (heute Rat);
F. Hala, Postminister;
Dr. J. Soltesz, Arbeitsminister (KP);
Prof. Dr. A. Prochazka, Gesundheitsminister (heute Rat);
V. Majer, Ernährungsminister (heute Rat);
Dr. V. Clementis, Staatssekretär (KP);
Oberst Dr. M. Ferjencik, detto (heute Rat);
J. Lichner, detto;
Z. Fierlinger, Ministerpräsident.

Was das für eine Regierung war und was sie verursacht hat, zeigen Ausschnitte aus ihrem Programm:

Kpt. III, Seite 11: Indem die Regierung die außerordentlichen Verdienste der Roten Armee bei unserer Befreiung anerkennt und deren entscheidende Rolle in der Sicherung unserer Zukunft — will sie die kämpferische Zusammenarbeit der tschechoslowakischen Armee mit der Roten Armee noch mehr festigen und sieht in ihr das Vorbild für den Aufbau einer neuen, wirklich demokratischen, antifaschistischen, tschechoslowakischen Armee.

Kpt. IV, Seite 14: Der tschechoslowakisch-sowjetische Vertrag vom 12. Dezember 1943 über die gegenseitige Hilfeleistung, Freundschaft und die Zusammenarbeit nach dem Kriege wird für die gesamte Zukunft die außenpolitische Position unseres Staates bestimmen.

Kpt. IX, Seite 19: Die Regierung wird es als ihre höchste Aufgabe und als moralische Pflicht betrachten, vor der tschechischen und slowakischen Nation, alle Kriegsverbrecher, Verräter und aktive Helfer der deutschen und ungarischen Unterdrücker zu verfolgen und gerichtlich zu bestrafen. Soweit es sich um deutsche und ungarische Kriegsverbrecher

SCHOPPER
BEGONIEN
GLADIOLEN
GLOXINIEN
in herrlichen Farben und Sorten
SAMEN für Feld, Wiese und Garten
Preisliste 1956 kostenlos
Hermann I. Schopper
Linz, Klosterstraße 10 Tel. 2 34 09

handelt, bekümmert sich die Regierung um ihre sofortige Unschädlichmachung und deren Uebergabe an die außerordentlichen Volksgerichte.

Kpt. XIII, Seite 27: Alle deutschen und ungarischen Schulen werden in den tschechischen und slowakischen Städten geschlossen, darunter auch die deutsche Universität in Prag und die deutschen Technischen Hochschulen in Prag und Brünn. Aus den Lehrbüchern wird alles beseitigt, was darin antisowjetisch war und die Jugend wird über die Sowjetunion belehrt.

Kpt. XVI, Seite 34: Unser Staat darf niemals mehr durch eine illoyale, nichtslawische Politik geschwächt werden oder durch die Politik nichtslawischer Minderheiten, die zum Werkzeug des nazistischen Deutschland geworden sind.

Diese in Moskau gebildete Regierung und ihr Programm entbehrten jeder politischen und demokratischen Grundlage. Die Regierung hatte keine Opposition, sie verbot alle früheren Parteien der demokratischen Rechten und Mitte, sie wurde eine Regierung von ausschließlich linksorientierten Parteien. Den Kommunisten, die in den Vorkriegsjahren der Republik kaum neun Prozent erhielten, räumte sie Schlüsselpositionen ein, wie das Schulministerium, Landwirtschafts- und Arbeitsministerium, vor allem aber das Innenministerium.

Die Kaschauer Regierung, die Regierung der Dunkelheit, hat Verstaatlichungs- und Justizdekrete herausgegeben, durch deren unheilvolle Wirkung der Besitz des einzelnen gestohlen wurde und Rachetribunale errichtet wurden, die jenen aus der Zeit der französischen Revolution sehr ähnlich waren. Es ist nötig, bei dieser Gelegenheit besonders darauf hinzuweisen, daß der damalige Justizminister kein Kommunist, sondern ein Benesch-Sozialist, Dr. Jaroslav Stransky war, der heutige Kommentator bei der Sendestation RFE.

Im Mai 1946 kam es zu den sogenannten demokratischen Wahlen in der CSR. Wie bereits bekannt, waren nur linksorientierte Parteien zugelassen, wogegen die demokratischen Parteien der Rechten und Mitte verboten waren.

Selbst durch die eingeräumten Schlüsselstellungen in der Kaschauer Regierung ist es aber den Kommunisten nicht gelungen, zu erreichen, was sie eigentlich wollten, das ist eine Regierung mit einer absoluten Mehrheit, wo sich dann die übrigen Parteien automatisch unterworfen hätten.

Was im Jahre 1946 nicht gelang, ist ihnen im Jahre 1948 beim sogenannten Februar-Putsch gelungen, wo die damals schon unbrauchbaren Politiker abdankten und ins Exil gingen, dieweil aber ihre nichtkommunistischen Mutterparteien mit den Kommunisten in der Regierung geblieben sind. Die abgedankten Politiker, einige ihrer Freunde oder auch Redakteure, bildeten dann im Exil in New York den sogenannten „Rat der freien Tschechoslowakei", welche Organisation der Prager Regierung etwas wie eine Auslandsopposition stellt, **jedoch steht sie in keiner Weise ideologisch gegen den Kommunismus, nachdem die gleichen Leute ideologisch mit den Kommunisten übereingestimmt haben in der Kaschauer Regierung wie auch in der Prager Regierung nach 1946!**

Nicht nur die Kommunisten, sondern auch diese Politiker sind für all das verantwortlich, was in der CSR ab 1945 geschehen ist: für die Austreibung von Millionen von Deutschen, für die Gefangennahme von Hunderttausenden, die Verschleppung von Zehntausenden aus der CSR und für die Plünderung des Staates!

Doch lassen wir hier Dr. Hubert Ripka sprechen, der über Dr. Stransky im Buche „Czechoslovakia entslaved" auf Seite 52 schreibt:

„Dr. J. Stransky hat uns einen Gesetzvorschlag zur Bestrafung von Kollaboranten und Verrätern unterbreitet, welcher in erster Linie die Sudetendeutschen betrifft. Ich selbst (Dr. Ripka), welcher ich mich fast gänzlich auswärtigen Angelegenheiten gewidmet hatte, lege einen detailen Plan über den Transfer der Deutschen vor."

Wer sich an die Zeit nach dem Mai 1945 erinnern kann, der weiß, daß nach Doktor Stransky jeder ein Verräter oder Kollaborant war, der in erster Linie Deutscher überhaupt war oder wer mit Deutschen in Verbindung gestanden hat —, wenn auch vielleicht nur in geschäftlicher.

Und dieser Dr. Stransky ist heute Hauptkommentator bei RFE!

Das ist aber noch nicht alles!

Der heutige Chef der „tschechoslowakischen" Sektion bei RFE schrieb in seiner Zeitschrift „Dnesek" vom **8. Februar 1948** im Artikel „Was wollen wir von ihnen?" u. a.:

„ . . . Die kommunistische Partei hat für diesen Staat ein großes Werk getan. Sie hat das Gefühl der Fremdheit zwischen der Arbeiterschaft und dem Staate beseitigt. Sie gewann für den Staat die Zuneigung breiter Schichten in einem größeren Maße als dies bisher in unserer Geschichte der Fall gewesen ist. Dies ist ein historisches Werk, dessen der Kapitalismus zweifellos überhaupt nicht fähig gewesen wäre."

(Fortsetzung folgt)

Der „Sokol" und Wien

Als Dr. Petr Zenkl bei seinem letzten Besuch in Oesterreich die Haltung der dortigen Politiker nicht begriff, versuchte er noch auf jede mögliche Art bei der sozialistischen Minderheitsorganisation „BARÁK" einen Erfolg zu finden. Gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten Jirava überlegten sie, was zu tun wäre, um überhaupt etwas zu tun. Dabei kam man auf nichts anderes, als dieses Jahr in Wien ein „Sokol"-Treffen zu veranstalten. An diesem „Sokol"-Treffen sollen alle freien Sokoln der ganzen Welt teilnehmen.

Der Sokol wurde ursprünglich als Leibeserziehungs-Organisation von dem bedeutenden Pädagogen und Psychologen Tyrš gegründet. Später, nach dem Jahre 1918, wurden in den Sokol Agenten Dr. Beneschs infiltriert, die daraus in gewissem Sinne eine politische Bastion ihrer Partei bildeten. Natürlich wußte die breite Masse nicht hiervon oder begriff einfach nicht, was hier mit ihr gespielt wurde. Während des letzten Krieges wanderten viele Mitglieder des Sokol in die KZ und wurden auch hingerichtet.

Nach dem Jahre 1945 wollte Benesch erneut den Sokol in die Hand nehmen, doch dieser gelangte nun durch die ständige linksgerichtete Propaganda der Führung der Organisation so weit, daß er von der Kommunisierung nicht mehr weit war. Benesch verlor von Tag zu Tag mehr an Bedeutung und auch sein Einfluß auf die führenden Personen des Sokols wurde immer geringer. Diejenigen, die Kommunisten waren, konnten im Sokol verbleiben — wie beispielsweise Dr. Klinger, heute Vorsitzender des Ausschusses für Rückkehrer und Abgeordneter. Andere, die sich ebenfalls um die Gunst der Kommunisten bewarben, wurden abgelehnt, und erst nachdem dies geschehen war, haben sie es vorgezogen, ins Exil zu gehen. Hier gründeten sie dann wieder einen Sokol — und dieser Sokol wird also heuer in Wien ein Treffen veranstalten. Es handelt sich also offensichtlich um nichts anderes, als um eine Trotz-Organisation, die von Leuten gegründet wurde, welche von den Kommunisten nach dem Februar 1948 nicht akkreditiert wurden.

Wie wir erfahren konnten, sieht die Situation so aus: In Wien und Oesterreich überhaupt haben den Sokol praktisch die Kommunisten in der Hand. In Jugoslawien, das Oesterreich am nächsten liegt und von wo aus man ebenfalls eine Abordnung erwarten darf, ist der Sokol heute in den Händen Titos — also ebenfalls kommunistisch. Dann sollen die Sokoln aus Amerika kommen — was allerdings ein reines Ausflugsunternehmen sein wird. Was aber vor allem steht, ist, daß es noch gar nicht gewiß ist, ob die Wiener Regierung diese Manifestation bewilligt und ob dagegen die Kommunisten in der CSR nicht protestieren werden.

Es ist aber durchaus möglich, daß es zu einer ähnlichen Situation kommt, wie vor kurzem in Florenz, wo der ehemalige Bürgermeister der Stadt Prag, Dr. Petr Zenkl, mit dem heutigen kommunistischen Bürgermeister zusammentraf. Ob sie zusammen gesprochen haben, ist hier nicht mehr entscheidend, vielmehr, daß sie zusammen manifestierten. Ebenso verhielt es sich vergangenen Sommer in Jugoslawien, wo ein Treffen von Gewerkschaftern veranstaltet wurde und wo aus Wien Angehörige der sozialistischen tschechischen Minderheits-Gewerkschafts-Organisation hinkamen, wohin aber gleichzeitig Vertreter der Gewerkschaft aus der Tschechoslowakei kamen und wo also gemeinsam bei fröhlichem Trunke manifestiert wurde.

Wohin soll das alles? Ist es ein purer Zufall oder hat das alles einen gewissen Zusammenhang?

Die Antwort hierauf ist nicht leicht. Eines aber ist sicher, nämlich daß die Leute um und im „Rat" selbst heute davon beherrscht sind, die Nationale Front aus dem Jahre 1945 zu restaurieren, denn diese restaurierte Einheit allein könnte eine Aenderung der Situation in der politischen Konstellation in den böhmischen Ländern und der Slowakei verhindern. Kurz und gut, es ist jedem im „Rat" heute klar, daß, wenn es zu der Restaurierung der alten Nationalen Front nicht kommen sollte, daß es auch keine Hoffnung und Aussicht, gibt, nach der Beendigung des Kommunismus in der Tschechoslowakei weiterhin die tschechoslowakische Konzeption aufrechtzuerhalten. Deshalb ist die Nachricht, daß Dr. Sychrava von politischen Exulanten einen Auftrag mit sich genommen hat, sich in dieser Hinsicht in Prag zu bemühen, folgerichtig und absolut logisch. Nur auf diese Weise können sie das alte und auch unbewährte System aufrechterhalten.

So wird es auch kein Zufall sein, wenn sich an der Sokol-Manifestation eventuell auch die Genossen in Prag beteiligen könnten. Wenn sich die Leute in Florenz und Jugoslawien treffen und verständigen konnten weshalb sollten sie dies nicht auch in Wien können?

Das wäre ein unsauberes Geschäft

In seinem „Sudetendeutschen Pressedienst" hatte Ing. Weber, Innsbruck, im Herbst des vergangenen Jahres die Idee vertreten, das Deutsche Eigentum in Oesterreich zugunsten des Lastenausgleiches für die Vertriebenen heranzuziehen. Mit diesem Vorschlag war — wie viele andere Sudetendeutsche — der Linzer Betriebsjurist Dr. Hans L. nicht einverstanden und er rückte in einem Brief energisch und eindeutig von dem Vorschlage Webers ab und bezeichnete eine solche Verquickung des Lastenausgleiches mit dem Deutschen Eigentum als „unsaubere Geschichte". Ing Weber setzte sich mit dieser Meinung nicht publizistisch auseinander, sondern klagte Dr. L. wegen Schmähung. Vor dem Bezirksgericht Linz wiederholte am Dienstag, 24. Jänner, der Beklagte seinen Standpunkt, daß man das Unrecht an den Vertriebenen nicht mit einem fremden Privateigentum kompensieren kann. Der Richter sah die Kritik Dr. L.s an dem Vorschlag Ing. Webers als berechtigt an und sprach den Beklagten frei. Die Prozeßkosten fallen Ing. Weber zur Last.

Versicherungsansprüche an die Donau-Concordia

Der Präsident des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungs- und Bausparwesen in Berlin hat den Direktor Max Fleischer (München 13, Elisabethstraße 70) zum Sonderbeauftragten für die Donau-Concordia-Lebensversicherung AG ernannt. Alle sudetendeutschen Versicherten dieser Gesellschaft werden aufgefordert, ihre Versicherungsansprüche dem genannten Sonderbeauftragten zu melden, sofern dies noch nicht geschehen ist.

Sudetendeutscher Turnrat

Bei der in Frankfurt abgehaltenen Tagung des Sudetendeutschen Turnrates wurde das Arbeitsprogramm für 1956 besprochen: Die Arbeitsgemeinschaft der Turner wird sich zu Pfingsten wieder beim Sudetendeutschen Tag beteiligen, diesmal, falls die notwendigen örtlichen Voraussetzungen gegeben sind, wieder mit einem besonderen Turnabend, möglichst gemeinsam mit der Jugend. **Die sudetendeutschen Turner werden sich außerdem am 1. Nachkriegs-Bundesturnfest des Oesterreichischen Turnerbundes in Wels (13. bis 15. Juli 1956) beteiligen. Im Rahmen dieses Turnfestes wird die sudetendeutsche Jugend Oesterreichs einen sudetendeutschen Heimatabend durchführen.**

Einen Großteil der Tagung nahm die Frage des Verhältnisses der Turnerschaft zur Sudetendeutschen Landsmannschaft ein. Vom Sudetendeutschen Turnrat wird erklärt, daß die sudetendeutsche Turnerschaft kein Traditionsverband ist, weil ihre Aufgabe nicht in der bloßen Erhaltung einer Ueberlieferung beruht, sondern in der Weiterentwicklung und Verlebendigung des übernommenen turnerischen Erbes im gesamtdeutschen turnerischen Bereich wie auch in der Volksgruppe selbst und ihrer Jugend. Daraus wird klar, daß es sich um eine arteigene Aufgabe handelt, die in die Zukunft weist und nicht nur der Bewahrung dient. Die Leibeserziehung muß in der Volksgruppe wieder den Platz erringen, den sie einmal zum Nutzen der Volksgruppe selbst innehatte. Mehr noch als früher bedürfen wir einer Erziehung zur größeren Verantwortung und zur Einordnung, weil wir sonst durch die unglückliche Lage unserer Zerstreuung Gefahr laufen, uns vollkommen aufzulösen und den Charakter einer Volksgruppe eines Tages völlig verlieren; das aber würde das Ende einer Sehnsucht nach Rückkehr in unsere Heimat bedeuten.

Sudetendeutsche Jugend in Wien

Am Sonntag, 12. Februar 1956, gestaltet eine Sing- und Volkstanzgruppe der Sudeendeutschen Jugend Oberösterreichs im großen Saale des Münchnerhofes in Wien einen Heimatabend mit dem Leitgedanken „Ruf der Heimat". In Lied, Spiel und Tanz soll sich das Bild unserer verlorenen Heimat aufrollen und gezeigt werden, wie die Sudetendeutsche Jugend aus dem Erbe der Heimat die Aufgabe für Gegenwart und Zukunft zu finden sucht. Alle Landsleute, Jungen und Mädel sind herzlich eingeladen.

Familienfeste

Am 17. Februar 1956 begeht Herr Bruno Gross seinen 80. Geburtstag. Landsmann Bruno Gross stammt aus Olbersdorf in Schlesien und kam schon im Jahre 1894 nach Wien. Als im Jahre 1899 der Humanitäre Verein der Schlesier in Wien gegründet wurde, trat Landsmann Gross sofort als Mitglied bei und ist es bis zum heutigen Tage verblieben. Im Jahre 1930 wurde ihm für 30jährige Mitgliedschaft das goldene Ehrenabzeichen verliehen und im Jahre 1953 wurde er zum Ehrenmitglied ernannt. Wir wünschen unserem treuen Landsmann alles Gute und vor allem baldige Genesung. — Am gleichen Tage feiert auch das ehemalige Leitungsmitglied und Obmann-Stellvertreter Herr Anton Gottwald, Bundesbahn-Oberinspektor i. R., seinen 80. Geburtstag. Auch ihm wünschen wir für seinem weiteren Lebensweg alles Gute.

Das Fest der goldenen Hochzeit feierten Herr und Frau Johann Schäffer aus Budweis am 4. Februar in Linz.

SUDETENPOST
Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Sudetendeutscher Presseverein, Linz, Goethestraße 63. Für den Inhalt verantwortlich: Gustav Putz, Linz, Richard-Wagner-Straße 11. — Druck: J. Wimmer Druck- und Verlagsgesellschaft m b. H., Linz, Promenade 23
Die „Sudetenpost" erscheint zweimal monatlich. Bezugspreis S 9.— im Vierteljahr. Einzelnummer S 1.70. Die Bezugsgebühr wird durch die Post eingehoben. Verwaltung und Redaktion: Linz, Goethestraße 63, Telephon 2 51 02. Anzeigenredaktion: Wien IV, Schwindgasse 5 (Julius Dreßler), Telephon U 46-2-70, U 41-2-28. Anzeigenannahme in Linz: Goethestraße 63. Bankverbindung: Allgemeine Sparkasse Linz, Konto 2813. Postsparkassenkonto Nr. 73.493.

Landsleute spart bei der Allgemeinen Sparkasse in Linz auf das Rahmenkonto 625 000. Diese Gelder werden als Kredite für die Existenzgründung von Heimatvertriebenen veranlagt. Die Spareinlagen werden normal verzinst und sind frei verfügbar.

Wie es drüben aussieht

Konjew in der CSR!

Am 28. Dezember 1955 weilte Marschall Konjew kurze Zeit auf tschechoslowakischem Boden in Kaschau. Nach Informationen aus der CSR weilte Konjew gegenwärtig in Uzhorod, in der Nähe der tschechoslowakischen Grenze, wo Uebungen mit Offiziersgruppen aus Rumänien, der Tschechoslowakei Ungarn, Polen und der UdSSR durchgeführt werden. Die theoretische Schulung findet in der Panzerkaserne von Uzhorod beim Hauptbahnhof statt, praktische Uebungen auf dem Ausbildungsplatz im Radvansky-Wald.

Es handelt sich um die koordinierte Ausbildung von Offizieren-Instruktoren verschiedener Waffen, die nach Abschluß dieser Ausbildung, die bis Mitte Februar dauern soll, Instruktoren bei den einzelnen Armeen sein sollen. Von bulgarischen Teilnehmern ist bis jetzt nichts bekannt.

Die Streitkräfte der CSR

werden in einem viel rascheren Tempo als die der anderen osteuropäischen Staaten erheblich verbessert und modernisiert. Bei einer Bevölkerung von 12.5 Millionen Menschen beläuft sich die Effektivstärke aller drei Wehrmachtteile auf rund 230.000 Mann. Das Heer gliedert sich in fünf Korps, die ihren Sitz in Prag, Pilsen, Budweis, Brünn und Preßburg haben. Jedes Korps besteht aus drei Divisionen zu je 10.500 Mann. Das Heer verfügt über rund 700 Panzer der Type T 43 und über 100 Panzer der Type Stalin III. Die Luftwaffe mit 25.000 Mann ist in vier Luftdivisionen eingeteilt. Sie verfügt über 400 Düsenjäger der Type Mig 15 und 200 Kampfflugzeuge vom Typ IL 10 sowie über 100 Transportflugzeuge und 200 Reserveflugzeuge.

Heimkehr erwünscht, wenn linientreu

Nach Informationen aus Ostberlin fanden Besprechungen zwischen tschechoslowakischen Regierungsbeauftragten und Vertretern der Sowjetzonen-Regierung über eine Rückführung der in der Sowjetzone lebenden Sudetendeutschen in ihre Heimat statt. Es sollen nur linientreue Kommunisten zurückgeführt werden, da Prag wünscht, daß auf keinen Fall der „sozialistische Umbau des Dorfes" in den böhmischen Grenzgebieten gestört wird.

Die CSR und Deutschland

In vertraulichen Sitzungen der Leiter der Kader-Kommissionen wurde kurz vor Weihnachten die Frage der notwendigen Arbeitskräfte für die Durchführung des Fünfjahresplanes besprochen. Die einzelnen Kader-Kommissionen sollen durch ihre Vertrauensleute feststellen, wo unter der Bevölkerung noch Arbeitskräfte gewonnen werden könnten. Die örtlichen Vertrauensleute sind beauftragt, alle Möglichkeiten zu prüfen bei Leuten, die ihrem örtlichen Bereich angehören.

Man rechnet mit der Verbesserung der wirtschaftlichen, kulturellen und auch politischen Beziehungen der CSR mit der Bundesrepublik Deutschland. Es wird davon gesprochen, daß die tschechoslowakische Regierung im gegebenen Augenblick die Möglichkeit einräumen wird, daß die „tschechoslowakisch-deutsche Freundschaft", die vergangenes Jahr zwischen der CSR und der DDR durchgeführt wurde, auch auf die Bundesrepublik ausgedehnt werden soll. Man bereitet im erweiterten Sinne eine Rückkehraktion von ausgewiesenen Deutschen in die CSR vor, auf der Grundlage, daß Vertriebene zu einem festgesetzten Zeitpunkt, den die Tschechen-Regierung bekanntgibt, um die Rückkehr in die CSR ansuchen, wobei ihnen die Rückkehr in ihren Ort und die eventuelle Erlangung ihres früheren Besitzes garantiert wird.

Gleichlautende Informationen konnte man nach Weihnachten auch in Znaim und Lundenburg erfahren.

Luftschutzübungen und Atombunker

Seit Ende des Jahres 1955 laufen überall in der CSR an öffentlichen Stellen zivile Luftschutzübungen. So wurden beispielsweise in letzter Zeit solche Uebungen auf den Bahnhöfen in Prerau, Böhmisch-Trübau, Königgrätz, Aussig usw. abgehalten. Die Uebungen werden mit Punkten gewertet und werden in einer Art Wettstreit ausgetragen. Die Uebungen auf den Bahnhöfen gehören zu den wichtigsten.

Alte Luftschutzbunker aus dem letzten Kriege unter dem Petersdom, Spielberg, Steinmühle und unter dem Gelben Berg wurden in letzter Zeit erweitert und jetzt begann man mit den Arbeiten, daß diese Bunker auch den Ansprüchen eines Atomkrieges entsprechen.

Der ewige Kohlenmangel in der CSR

hat die Prager Regierung zu Bodenuntersuchungen und Aufschließarbeiten im Mährisch-Ostrauer Becken, in Nordböhmen — vornehmlich bei Komotau — und in verschiedenen Gebieten der Slowakei veranlaßt. Laut Regierungsmitteilung wurde auch mit der Abteufung neuer Schächte begonnen, die allerdings im Durchschnitt für Jahre Bauzeit brauchen und deren Förderergebnisse daher erst vom übernächsten Fünfjahresplan an einkalkuliert werden können. Inoffiziell wurde dazu berichtet, daß diese Verbreiterung der tschechischen Kohlebasis auf scharfes sowjetisches Drängen in Prag zurückgeht. Es dürfte feststehen, daß diese Planziele utopisch sind, zumal als Ursache dafür stets akuter Arbeitermangel genannt wird.

Prag gibt Freihafen in Stettin auf

Die Tschechoslowakei hat sich bereit erklärt, den von ihr im Hafen von Stettin verwalteten Freihafenbezirk aufzugeben. Für die Rückgabe dieses Gebietes erhält sie „angemessene Entschädigung" von Polen.

Begabtenförderung volksdeutscher Jugend

Jene Knaben und Mädchen volksdeutscher Herkunft, die derzeit die vierte Volksschulklasse besuchen und in ihrem Zeugnis keine 3 aufweisen, kann abgeschlossene Mittelschulbildung bis einschließlich Matura in einem ersten Internat vermittelt werden. Dies ist auch möglich, wenn sich die Erziehungsberechtigten in wirtschaftlich bedrängter Lage befinden. Dann wird Freiplatz oder mindestens ein Halbfreiplatz vermittelt, so daß die Kosten für die Internatsunterbringung einschließlich Verpflegung und Schulgeld geringer als die Kinderbeihilfe sind. Anfragen an die Österreichisch-Volksdeutsche Gesellschaft, Wien X., Troststraße 20-30/VIII/9. Rückporto beilegen. In Ausnahmefällen ist es möglich, daß jene begabten Kinder, die bereits die 1. Hauptschulklasse besuchen, ebenfalls eingebaut werden können.

Volksdeutscher Nachhilfeunterricht

In dem Bestreben, Möglichkeiten zu schaffen, daß kein Kind volksdeutscher Herkunft ein Schuljahr verliert, wird mit Beginn des zweiten Schulhalbjahres in Wien der Nachhilfeunterricht für Kinder volksdeutscher Herkunft aufgenommen. Auskunft: Österreichisch-Volksdeutsche Gesellschaft, Wien X., Troststraße 20-30/VIII/9. Sprechstunden: Samstag von 8.30 bis 10 Uhr im Sekretariat, Wien X., Troststraße 20-30/VIII/9 oder Mittwoch von 19 bis 21 Uhr im Gasthaus Pfaller, Wien VIII., Josefstädterstraße 38, Telephon A 21-1-09 Z. Schriftlichen Anfragen Rückporto beilegen.

Forschungsstelle für böhmische Länder und Schlesien

In der Regierungserklärung des bayrischen Ministerpräsidenten hat die bayrische Staatsregierung die Absicht bekundet, München zum Schwerpunkt der deutschen Ostforschung zu entwickeln. München besitzt bereits heute unter allen deutschen Städten die größte Anzahl von Lehrstühlen, die sich mit Ostsprachen oder Fragen des Ostens beschäftigen. Die Forschungsstelle hat die Aufgabe, den Raum der böhmischen Länder in seiner Geschichte und Gegenwart, in seiner Rechts- und Wirtschaftslage sowie in seinen sozialen und nationalen Besonderheiten zu erforschen. Ihr Arbeitsbereich soll sich nicht nur auf die Wohngebiete der Tschechen, die Länder Böhmens und Mähren beschränken, sondern auch die Erforschung der sudetendeutschen und schlesischen Belange umfassen.

Sie wird sich in drei Abteilungen gliedern, eine historisch geisteswissenschaftliche, eine staats- und völkerrechtliche und eine wirtschaftskundliche Sektion. Es ist vorgesehen, die Forschungsstelle zunächst in Anlehnung an eines der in München bestehenden verwandten Institute anlaufen zu lassen und damit die erheblichen Ausgaben für die Anschaffung der allgemeinen wissenschaftlichen Standard-Werke zu sparen. Die Forschungsstelle besteht aus einer wissenschaftlichen Kommission und einem hauptamtlichen Geschäftsführer.

HOLZINDUSTRIE · HOLZHANDLUNG EISENHANDLUNG STAUBER
INHABER RUDOLF POMMER & CO.
Säge-, Spalt- und Hobelwerk, Trockenanlagen, Schiffböden, Wandverkleidungen, Kisten
Eisen- und Eisenwaren, Werkzeuge, Meßwerkzeuge, Bau- und Möbelbeschläge, Schrauben, Draht und Drahtstifte
PRINZ-EUGEN-STRASSE 13 • TEL. 2 32 95 LINZ-DONAU BISMARCKSTRASSE 18 • TEL. 2 34 44

Freigabe deutscher Sperrguthaben

Das Bundesministerium für Finanzen hat die österreichischen Banken angewiesen, von sich aus deutschen Kontoinhabern oder deren Rechtsnachfolgern Sperrguthaben mit einem derzeitigen Stand bis zu fünfhundert Schilling zur Auszahlung in bar oder in österreichischen Bundesschuldverschreibungen freizugeben. Auf Grund der österreichischen Währungsschutzgesetzgebung entspricht ein derartiger Kontenwert von zur Zeit fünfhundert Schilling ungefähr einer alten Einlage von 1250 RM. Anspruchsberechtigte auf solche RM-Guthaben oder deren Rechtsnachfolger wenden sich wegen der Freigabe nunmehr unmittelbar an ihre kontoführende Bank in Oesterreich. Eingaben an das österreichische Bundesministerium für Finanzen oder an sonstige Dienststellen sind überflüssig. Die Ueberweisung der freigegebenen Beträge bis zu fünfhundert Schilling nach der Bundesrepublik Deutschland ist ohne besondere Bewilligung möglich. — Größere RM-Guthaben (also Guthaben von mehr als 1250 RM), die bei der Umstellung auf Schilling auf Grund der österreichischen Währungsschutzgesetzgebung in der Regel Beträge von mehr als fünfhundert Schilling ergeben haben, können bis zum Betrag von fünftausend Schilling freigegeben werden, wenn der Kontoinhaber glaubhaft dartut und auf Verlangen nachweist, daß ein sozialer Härtefall (hohes Alter, Krankheit, Einkommens- oder Vermögenslosigkeit, Spätheimkehrer aus Kriegsgefangenschaft oder dergleichen) vorliegt. Die Freigaben werden durch das österreichische Bundesministerium für Finanzen (Sektion V, Vermögenssicherung, Wien I, Ballhausplatz 1) bewilligt. Die Anträge mit Unterlagen über den Härtefall sind jedoch nicht unmittelbar an das Ministerium, sondern in jedem einzelnen Fall an die kontenführende Bank zur Ueberprüfung und Weiterleitung an das Bundesministerium für Finanzen zu richten. Die Freigaben des österreichischen Bundesministeriums für Finanzen schließen in diesen Fällen noch nicht die Devisenbewilligung zur Ueberweisung des freigegebenen Betrages nach der Bundesrepublik Deutschland ein. Eine solche Bewilligung kann jedoch in Härtefällen von der kontoführenden Bank auf Antrag des Kontoinhabers beschafft werden.

Konsolidierung der Vertriebenen-Wirtschaft

Das Bundeswirtschaftministerium hat jetzt dem Unterausschuß „Heimatvertriebene Wirtschaft" des Bundestages den seit langem erwarteten Bericht über die Kapitalstruktur der Flüchtlingsbetriebe vorgelegt, der als Unterlage für eine Konsolidierung dieser Unternehmen dienen soll. Die Ergebnisse dieser Untersuchung bestätigen in vollem Umfange die gefahrvolle Situation, in der sich die Masse dieser Betriebe wegen ihrer völlig unzureichenden Eigenkapitalbasis, ihrer mangelnden Liquidität und ihrer außergewöhnlichen Belastung durch die Verzinsung des hohen Fremdkapitalanteils befindet. Uebereinstimmend erklären die interessierten Wirtschaftskreise, die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen sollten ergriffen werden, solange die Konjunktur noch stark steigt, damit nicht ein großer Teil dieser Unternehmen im Falle einer Stagnation oder eines Rückschlages in ernsthafte Schwierigkeiten und damit in die Verlustzone gerät.

Der Koppenvater

Nun kann ich ja gerade nicht behaupten, daß ich mir beim Tanzen ein Bein ausgerissen hätte, aber angeregt durch das olympische Leitmotiv „Dabei sein ist alles" habe ich im Laufe des Faschings kaum eine Unterhaltung ausgelassen. Jung ist man eben nur einmal und ist es, solange man sich jung fühlt. In meinen „Ersatzdokumenten" steht's, wann ich geboren bin, irgendwo kugelt sich auch noch der I-Ausweis herum. Ja der I-Ausweis! Wetten, daß die Leut gelacht hätten, wenn ich zum Maskenball der Nordnordost-Hultschiner als I-Ausweis gegangen wär. Ich hab mir die Sache dann im letzten Augenblick überlegt. Möglicherweise hätten die Leut gesagt: „Do sieht ma's wieder. Da Koppenvater setzt sich salber mit'm I-Ausweis gleich. Dat, wu ma 'n nämlich braucht, gilt a nischt und dat wieda, wu ma glabt, a is eh nischt meh war, tät ma 'n brauchen wie än Bessen Brut!" Zu allem Ueberfluß hab ich mir noch gedacht, könnte ein fleischgewordenes Amtspapier die fröhliche Stimmung geradezu verseuchen. Kurz und klein! Ich hab diesen Plan brunnentief fallen gelassen und bin dann als noch nicht eingebürgerter Rentenanspruchsgesuchsteller verkleidet zum Maskenball marschiert. Das war gut so, denn solchene waren so viele dort, daß ich erst gar nicht sehr aufgefallen bin.

„Nur net auffallen." Das ist in unserer Wahlheimat (wobei ich mit dieser Bezeichnung sehr weit gesteckte geographische Grenzen zubillige) eine überaus beliebte Tonart. Vor allem bei den amtlich beglaubigten „Urwahlheimaturbewohnern". Einer, der sich befleißigt, nicht aufzufallen, macht den Knotenpunkten der öffentlichen Verwaltung am wenigsten Kummer. Warum man nun große Bahnhöfe, Aemter, Behörden und Ministerien gelegentlich mit diesem bildhaften Vergleich ausstattet, ist mir kürzlich erst vom Zacherias Schlieferl erklärt worden. „Knotenpunkte", meint er, „heißen sie, weil dort so viele Beamte sind." Der Zacherl ist also gar nicht einmal so blöd, wie er ausschaut, dachte ich mir, denn ohne diese Knoten, vielleicht auch schon, wenn sie kleiner wären, könnte sich alles viel reibungsloser und flüssiger abwickeln. Beim untauglichen Versuch, so einen Knoten zu lösen, ist übrigens kürzlich die Kuhnert-Mutter ahnungslos aber fürs erste einmal empfindlich eingezwickt worden. Die Verbitterung darüber habe ich mit ihr in baudenbrüderlicher Weise geteilt, als ich mir ihre Geschichte angehört hatte.

Seit dem 45er Jahr lebt die Kuhnertin mit ihren Kindern in ihrem „Wahlheim", einer Baracke. Ihr Mann muß seit Jahr und Tag sein Zwangsplansoll in einem vom westlichen Kapitalismus nicht angekränkelten Volksbetrieb in der CSR erfüllen. Vom Sinn dieser dem Frieden und der Menschenwürde (siehe Charta für Menschenrechte, Kapitel CMXXXVII, 4.672 ff) dienenden Maßnahme sind zwar weder Kuhnert noch seine Frau überzeugt, aber es läßt sich nicht ändern. In Rest — (ah! Zum Kuckuck. Immer verhaspelt sich auf meiner Maschine das R mit dem W) natürlich in Westdeutschland lebt jetzt ein alter Onkel, dem es recht gut geht. Er hat einen kleinen Betrieb, den er aber bald, bald nimmer selber wird führen können, weil ihn ein ernstes Leiden auf das Lager geworfen hat. (Die Familie Kuhnert will mir überhaupt als das Schulbeispiel für die Situation der Heimatvertriebenen scheinen. Alle haben was mit dem Lager zu tun. Kuhnert mit dem Arbeitslager, seine Familie seit zehn Jahren mit dem Barackenlager und der alte Onkel, der beiden Lagerungstypen entrinnen konnte, muß aufs Krankenlager. Das nur so nebenbei und ohne allen Spott.) Hans, der 23jährige Sohn der Kuhnertin, ein fescher, sauberer Bursch, könnte jetzt den Betrieb seines Onkels übernehmen. Die Kuhnertin könnte samt ihren Kindern, der 12-jährigen Traudl, der 14jährigen Hedi und dem 16jährigen Herbert das Lager abbrechen und draußen als Bundesdeutsche (im Duden noch nicht nachschlagbar) wieder einmal ein neues Leben beginnen.

„Wieso ‚könnte', Kuhnert-Mutter? Warum tun Sie's denn nicht sofort?" fragte ich bekümmert.

„Ja ich tät's ja gleich", gab sie zurück, „aber der Herbert!"

„Wieso? Will der vielleicht nicht? Ist er vielleicht der bajuwarischen Zunge schon so stark verfallen — es wär ja kein Wunder —, daß er Sprachschwierigkeiten in Bundesdeutschland befürchtet oder steckt er in der Lehre?"

„Nänä! Sechzehn Jahre is er halt."

„Kuhnert-Mutter! Da komm ich nicht mit. Das müßt Ihr mir schon besser erklären. Jugendverbot für Uebersiedlungen und Auswanderung gibt es ja meines Wissens nicht. Und wenn, dann dürften Hilde und Traudl ja auch nicht mit."

„Die schon. Die schon", seufzte die Frau und kehrte bitter den Blick in ihr Inneres. Blitzartig erlebte sie da noch einmal die Situation auf der Paßabteilung der ihr zuständigen Bezirkshauptmannschaft.

„Bitt schön, lieber Herr, Pässe tät ich brauchen!" sprach sie zum Schaltinger.

„Sö san guat. Pässe?! Was für Pässe? Hammer vüij. Verschiedene, mei Liaba."

„Inne ja halt Pässe. Reisepässe, gell. Wir übersiedeln nämlich nach Deutschland."

„Mei Liaba! Sö han guat! Deutschland, wos fier ans. Do gibts mehra."

„Bundesdeutschland" darauf erstaunt die Kuhnert-Mutter.

„Siagst, jetzt samma af an Steig. Also wieviel und was für welche?"

„Reisepässe" sie. Er: „Jajaja, Reisepässe. San S' Oesterreicherin? Na. Siag i eh glei, alsdann Fremdenpässe. Wievüij?"

„Drei! Für mich, meine zwei Töchter, die könnten Sie mir gleich in meinen Paß eintragen, und dann extra fürn Herbert und einen fürn Hans."

Die Kuhnert-Mutter füllte in der darauffolgenden Stunde Formulare aus, daß sie schwitzte. Der Schaltinger nahm die Zettel dann entgegen, las, strich alle Daten einmal rot, einmal schwarz an. (Angeblich nur eine karteitechnische Maßnahme und noch keine koalitionsgeforderte Einrichtung.)

„Wo ham S' denn die Zustimmungsbestätigung des Vaters?"

„Für mich?" — „Na. Fürn Herbertl. Do haperts. Gell?"

„Das geht nicht." — „Lebt er nimmer?" — „Doch!" — „Dann muß er." — „Kann er nie." — „Wenn er muß, kann er a, gell?" — „Nänä. Der wird seit mehr als zehn Jahren in einem tschechischen Zwangsarbeitslager festgehalten." — „Teifi. Teifi! Aber trotzdem, er muß, sonst kriegt der Herbert kan Paß." — „Ja, müssen möcht er schon, aber er darf nie. Nie a mol zu Weihnachten schreibt er. Do darf er jetzt schon ieberhaupt nie?"

„Sehn S', liebe Frau. Ich bin a kloaner Beamter und ka Diplomat. Oba ohne die Unterschrift vom Vatern kriegt der Bua koan Paß."

Hier also hatte der Amtsknoten die Kuhnert-Mutter eingezwickt. Die ganze Reise war in Gefahr, bis dem Paßabteilungsleiter die Alternative ausgedeutscht wurde: entweder einen Paß für den Sechzehnjährigen her oder seine Einweisung in ein Jugendheim zu Lasten des Staates, denn die Reise wird durchgeführt, wodurch Herbert allein in Oesterreich zurückbliebe. Dann aber klappte es. Der Schreck über die drohenden Unterhaltskosten, frisch heraus aus der mageren Staatskasse, löste den Knoten alexandrinisch.

Ich frag mich bloß: Wieviel solche Kuhnert-Mütter gibt's, die nicht auf eine so rettende Idee mit der Einweisung auf Staatskosten gewiesen werden? Wie viele Kuhnert-Familien müssen wegen solcher Fälle im Barackenlager picken bleiben und eine Chance fallen lassen?

Ausgefüllt und beladen mit solchen Fragen stellt Euch für diesmal vor Eueren mit Sorgenknoten reichlich versorgten

Koppenvater.

Ohne Scheu gesagt

Die SLOe 1956

Nicht ohne Grund habe ich in den Mittelpunkt meines letzten Briefes den Kernsatz gestellt: „Voraussetzung jedes Erfolges ist die bedingungslose Einigkeit!" Diese Einigkeit der Sudetendeutschen ist in Oesterreich — zumindest auf Wiener Boden — nicht vorhanden. Mehr als dreiviertel aller in Heimatverbänden organisierten Sudetendeutschen gehören der SLOe an; aber im April 1955 hat sich eine Gruppe abgesondert. Betrachten wir die bisherige Entwicklung: Mit Zustimmung ausnahmslos aller Landsmannschaften und Heimatgruppen wurde die SLOe gegründet. Sie hat den Namen „Sudetendeutsche Landsmannschaft Oesterreich" in dem guten Glauben angenommen, daß ihr ausnahmslos alle Landsmannschaften beitreten werden; sie trägt den Namen mit Recht. Dieser gute Glaube kann der Gruppe, die sich als „Hauptverband sudetendeutscher Landsmannschaften in Oesterreich", als HSLOe, im April 1955 konstituiert hat, nicht zugebilligt werden; denn der Gründer wußte vorher, daß dieser HSLOe außer dem Obmann des numerisch kleinen Landesverbandes Tirol nur die Thaya, Bruna, die Iglauer, Olmützer und Bistritzer, alle Sitz Wien, umfassen könne. Alle übrigen Landesverbände, Oberösterreich, Steiermark, Salzburg, Kärnten usw., also auch die Südmährer, Brünner, Iglauer, Olmützer in diesen Landesverbänden und der halbe Landesverband Wien, Niederösterreich und Burgenland stehen geschlossen hinter der SLOe. Der Name HSLOe stellt daher fast eine Irreführung der sudetendeutschen und auch, wie sich im Jahre 1955 mehr als einmal gezeigt hat, der österreichischen Oeffentlichkeit dar.

Beide Satzungen sind gleich, die Ziele sind die gleichen, die Wahlordnungen sind gleich, warum, so fragt sich das einfache Mitglied der Volksgruppe, diese Doppelgleisigkeit, die jeden echten Erfolg erschwert, wenn nicht verhindert? Die Leitung der SLOe wird sogleich darangehen müssen, diesem Zustand ein Ende zu bereiten. Das ist der Wunsch und Wille auch der einfachen Mitglieder bei den Südmährern, Brünnern, Iglauern, Olmützern aus Wien im Verband des HSLOe. (Soweit sie überhaupt Kenntnis von der Doppelgleisigkeit haben.) Der Urheber dieser Doppelgleisigkeit ist Hans Wagner. Auch wenn noch andere als Proponenten des HSLOe aufscheinen, ein einziges Wort von Hans Wagner hätte genügt, um die Ausgeburt politischer Unvernunft, die Gründung eines zweiten Dachverbandes, zu verhindern.

Wir dürfen uns nicht scheuen, kühl und sachlich die Dinge zu sagen, die gesagt werden müssen. Hans Wagner hat unserer Volksgruppe in Oesterreich in der schweren Zeit nach 1945 große Dienste geleistet. Er hat dabei auch Mut bewiesen. Kein anderer hätte ihm das Recht auf Führung der Volksgruppe streitig machen können, wenn er in der Wahl der Mittel, sie zu erringen, vorsichtiger gewesen wäre. Wir wollen Hans Wagner keinen Vorwurf machen, daß sich viele seiner Wege als Irrwege erwiesen haben. Es ist aber nötig, nüchtern und sachlich festzustellen, daß es 3 : 1 gegen Wagner steht, daß er also sein Viertel dem Dreiviertel zuführen muß, damit aus dem Dreiviertel ein geschlossenes Ganzes entstehe. Auch wenn er selbst etwas verlieren würde. Aber er kann dabei nur gewinnen.

Wir, die Außenstehenden, wir, um die es in Wirklichkeit geht, haben keine Lust, diesem Treiben zuzusehen, wenn es nicht in allernächster Zeit zur Verschmelzung beider Verbände kommt. Es ist unsere Meinung: Wir wollen das Resultat von Verhandlungen nicht abwarten, sondern sofort handeln! Südmährer, Brünner, Iglauer, Olmützer, Bistritzer in Wien!! Meldet euch alle einzeln bei der SLOe an: Wien I, Neuer Markt 9. Die SLOe soll jede Heimatgruppe in Evidenz nehmen. Ihr habt innerhalb der SLOe die Möglichkeit, geschlossen Wagner zu wählen, vielleicht wird Wagner auch unter anderen Landsmannschaften als den Euren Stimmen gewinnen, vielleicht werden einige Südmährer, Brünner, Iglauer Wagner nicht wählen, auf alle Fälle wird die Wahl genau jenes Führungsmaß abgelten, auf das Wagner Anspruch hat.

Südmäher, Brünner, Iglauer, Olmützer, Bistritzer in Wien! Haltet trotz dieses Bekenntnisses zur SLOe, zu einem einzigen großen Verband, in Treue zu eurer Landsmannschaft, eurer Heimatgruppe, haltet aber auch in Treue zu eurem Vereinsobmann. Zwingt ihn durch euren Entschluß auf den einzig vernünftigen Weg, den Weg zur Einigkeit.

Es ist aus schwerwiegenden Gründen notwendig, daß sich im Jahre 1956 die Einigung vollzieht. Im Jahre 1957 soll die SLOe die Entwicklung zur „Sudetendeutschen Volksbewegung" einleiten.

Paul Helm

Ist das die Angleichung!

Nunmehr dürften alle volksdeutschen Altersrentner von der Versicherungsanstalt den Bescheid über die Berechnung ihrer Rente erhalten haben. Man darf wohl annehmen, daß alle die gleichen langen Gesichter über die geringe Höhe ihrer Rente gemacht und bei der Anstalt um Bekanntgabe der Berechnungsart ersucht haben. Es dürften aber wenige sein, die aus diesem Berechnungsbescheid klug geworden sind und jetzt ratlos jemand suchen, der ihnen erklärt, was der Grundbetrag nach RAGB sowie Grundbetragserhöhung laut LVG vom 24. 7. 1941 usw. bedeuten. Der Zuschlag von 218 Prozent und der Multiplikator von 1.89 sind uns bekannt. Zweifel setzen wir in der Höhe des Grundbetrages. Sind wir Volkdeutschen wirklich — wie es im Salzburger Abkommen lauten soll — den Oesterreichern gleichgestellt worden oder hat man uns auch diesmal wieder einmal präteriert?

Hat man uns da nicht in eine der niedrigsten Klassen eingereiht, damit man mit den Beträgen, die die WBRep. an Oesterreich zuzahlt, das Auslangen findet, und zwar deshalb das Auslangen finden muß, weil unsere Herren mit falschen Unterlagen nach Salzburg kamen?

Ist es zu erklären, daß der deutsche Beitrag nicht 70 Prozent ausmacht, sondern nur 48 Prozent und Oesterreich auf die VD wieder draufzahlen muß? Unserer Ansicht hätte Oesterreich bei 70 Prozent Zuschuß gar nichts daraufgezahlt, denn von jedem Schilling, den man uns gibt, erhält der Staat mindestens 35 Groschen an mehrfacher Umsatzsteuer, Verbrauchssteuer, Zölle und direkter Steuern.

Und zum Schluß noch eine Frage: Wie wird es nach dem 1. 1. 1956 mit uns VD-Altersrentnern werden? Werden wir den Oesterreichern de facto gleichgestellt oder wird auch da mit der Höhe der Klassen manipuliert oder sonstwie unsere Altersrente auf ein Minimum herabeskamotiert?

Dipl.-Ing. G. Hélène.

Die Landsmannschaften berichten:

Landesverband Wien

Allgemeiner Beamten und Gagistenbund. Die Hauptversammlung findet am 10. März 1956 um 15 Uhr im Gasthof „Weißes Lamm", Wien VIII, Ecke Laudonstraße-Lange Gasse, statt. Da wichtige Beschlüsse zur Debatte stehen, wird um zahlreiche Beteiligung gebeten. Freie Anträge zur Hauptversammlung sind bis spätestens 1. März 1956 an obangeführte Adresse einzubringen. Sprechtage und Beratungen finden nach wie vor jeden Donnerstag von 14 bis 17 Uhr im „Weißen Lamm" statt.

Landsmannschaft Bialitz - Biala - Teschen. Die nächste Monatsversammlung findet am Samstag, den 11. Februar 1956, wie üblich um 18 Uhr im Saale des Theaterkasinos statt.

Landsmannschaft Braunseifen. Alle Landsleute und Freunde laden wir herzlichst ein, an unserer gemütlichen Faschingsveranstaltung am Sonntag, 12. Februar, in unserem Vereinheim, Gasthaus „Fliege", Wien III, Heumarkt 5, teilzunehmen. Verschiedene Unterhaltungen in heimatlichem Stil. Beginn 16 Uhr.

Bund der Nordböhmen. Wir wünschen den nachstehend angeführten Mitgliedern in heimatlicher Verbundenheit die herzlichsten Glückwünsche zum Geburtstag: Zum 60.: Frau Rosa John, Wien XVII (früher Tetschen-Bodenbach); Frau Else Pakosta, Wien VIII (früher Böhm.-Leipa). — Zum 65.: Frau Anni Horak, Wien XIX (früher Schönpriesen bei Aussig); Frau Hedwig Wochwest, Wien XIII (früher Grünwald). — Zum 75.: Herrn Min.-Rat Dr. Willibald Liebisch, Wien II (früher Warnsdorf). — Zum 80.: Frau Anna Assmann, Wien XVIII (früher Schönpriesen bei Aussig); Frau Marie Schreiber, Wien III (früher Bodenbach). — Unsere allseits beliebte Heimatdichterin und Vorstandsmitglied, Frau Fanny Reinstein (früher Böhmisch-Leipa), feierte ihren 60. Geburtstag. Frau Reinstein zählt zu unseren ältesten und treuesten Mitgliedern, sie ist stets hilfsbereit, besonders um unsere Armen und Hilfsbedürftigen hat sie durch ihre unermüdliche Tätigkeit große Verdienste erworben. Wir laden unsere Mitglieder und Freunde herzlichst zu unserer Faschingsveranstaltung ein, die am Samstag, 11. Februar 1956, im Café Postsparkasse, Wien I, Biberstraße 10, stattfindet. Beginn 20 Uhr. — Eintritt frei! Bringen Sie Ihre Bekannten und gute Laune mit. Wir haben Musik und Sie können ein Tänzchen wagen.

Grulich, Adlergebirge und Friesetal. Der nächste landsmännische Abend und gleichzeitig die Hauptversammlung ist am Sonntag, 12. Februar 1956, im Saale bei Falstaff, Wien IX, Währingerstraße 67. Nach der Hauptversammlung, also gegen 18.30 Uhr, findet das diesjährige Kränzchen der Landsmannschaft statt. In den Pausen Jugendkabarett! Ende gegen 23.30 Uhr. Eintritt frei! Zur vorläufigen Kenntnis diene, daß über Wunsch vieler Landsleute auch im Jahr 1956 ein Grenztreffen in Groß-Gmain, und zwar am 30. Juni und 1. Juli, stattfinden wird. Am 2. Juli Autobusfahrt ins Salzkammergut mit Seilbahnfahrt zu den Dachsteinhöhlen.

„Riesengebirgler" in Wien. Die Hauptversammlung wählte mit Stimmeneinhelligkeit den bewährten Vorstand, mit Dipl.-Ing. Josef Gall an der Spitze, wieder und sprach ihm den Dank für seine geleistete Arbeit aus. — Die Landsmannschaft lädt alle Mitglieder, Landsleute, Freunde und Gönner zu ihrem Faschingsabend am 11. Februar, 18 Uhr (Faschingsamstag), im Vereinsheim, Wien VIII, Piaristengasse 50, ein. — Nach kurzem, schwerem Leiden verstarb am 12. Jänner in Wien der Gutsbesitzer und ehemalige Textil-Industrielle Josef Wolf (74) aus Starkstadt. Unter starker Beteiligung der Landsleute wurde die sterbliche Hülle des Verblichenen am Wiener Zentralfriedhof beigesetzt. — Im Jänner und Februar feierten, bzw. feiern folgende Mitglieder der Landsmannschaft Geburtstag: Im Jänner: Maria Rührl, Arnau, Maria Scharf, Trautenau, Mr. Ph. Erich Breuer, Freiheit, Dipl.-Kfm. Karl Haberl, Ober-Langenau, Rittmeister i. R. Richard Richter, Trautenau, Johann Cersovsky, Groß-Borow. Im Februar: Luise Langer, Trautenau, Rosl Rausch, Arnau, Anton John, Arnau, Josef Kirsch, Güntersdorf, Oberstleutnant i. R. Friedrich Pfohl, Trautenau, Oberstleutnant i. R. Hermann Rücker-Jaksch, Trautenau, Hans Haiderer, Mährisch Schönberg.

Reichenberg und Umgebung. Unser langjähriges Mitglied, Herr Kapellmeister Karl Reckziegel, der allen unseren Landsleuten von seiner künstlerischen Tätigkeit am Reichenberger Stadttheater bestens bekannt ist, feierte am 21. Jänner seinen 70. Geburtstag.

Troppau und Umgebung. Das gemütliche Faschingstreffen der Troppauer findet Sonntag, 12. Februar, um 16 Uhr in Kührers Gastwirtschaft, Wien IX, Hahngasse 2, statt. Eine Gedenkstunde für Viktor Heeger mit Vorträgen von Gustav Escher, Liedervorträge, heitere Darbietungen, darunter neueste Zauberkunststücke unseres Harry Zohner, mit anschließendem Tanz der Jugend bilden das reichhaltige Programm der Zusammenkunft. Gäste willkommen!

Landesverband Oberösterreich

Die Heimatgruppe Mährer und Schlesier veranstaltet Samstag, den 18. Februar 1956, in ihrem Vereinslokal, „Zum eisernen Kreuz", Wiener Reichsstraße 6, einen Unterhaltungsabend, wozu an alle Freunde guten Humors die herzlichste Einladung ergeht. Gäste herzlich willkommen!

Verband der Südmährer. Unser Ball war ein voller Erfolg. Landesobmann Friedrich eröffnete mit Frau Keller den Tanz. Die Musik besorgte in flotter Weise die südmährische Kapelle Schmidt. In den Tanzpausen brachte Frau Professor Pawelka und Herr Ernst Schmidt einige Lieder in formvollendeter Weise zu Gehör. In der Hauptpause bemühten sich einige Damen der Südmährischen Heimatgruppe die von unserem Landsmann Gepperth in Ehrenhausen bei Graz gespendete Kostprobe „Znaimer Gurken" eigener Erzeugung zu kredenzen, denn es ging um den Ehrentitel „Znaimer Gurkenkönigin"! Als diesjährige Gurkenköniginnen gingen aus dem Wettbewerb Frau Marianne Graschopf, Fräulein Burgi Wölfl und Frau Edeltraut Nohel hervor. Die gediegene Ausschmückung des Tanzsaales besorgte in altbewährter Weise Obmann Keller selbst.

Landesverband Kärnten

Landesverband Kärnten. Die Landesleitung weist nochmals darauf hin, daß am Sonntag, 19. Februar, vormittags um 9.30 Uhr in Villach, Hotel „Brauhaus", eine Sitzung des Landesausschusses stattfindet. Die Obmänner und Delegierten der Bezirksgruppen werden gebeten, sich diesen Termin freizuhalten. Gesonderte Einladungen mit Tagesordnung ergehen noch.

Bezirksgruppe Villach. Die Jahreshauptversammlung der Bezirksgruppe Villach findet am Samstag, 18. Februar, abends um 20 Uhr in Villach, Hotel „Brauhaus", statt. Sämtliche Mitglieder sind hiezu herzlichst eingeladen. Die Bezirksleitung rechnet mit Rücksicht auf die vorzunehmende Neuwahl des Bezirksausschusses und wichtige Beschlußfassungen mit einem vollzähligen Besuch.

Bezirksgruppe Spittal/Drau. Am 22. Jänner hielt die Bezirksgruppe Spittal im Gasthof „Ertl-Krobath" in Spittal ihre Hauptversammlung ab. Der Besuch war als sehr gut zu bezeichnen. Bezirksobmann Oberförster i. R. Storch erstattete Bericht über das verflossene Jahr. Seinen Ausführungen und dem anschließenden Kassabericht des Landsmannes Kohl war zu entnehmen, daß die Gebarung der Bezirksgruppe in Ordnung und vorbildlich ist. Landesobmann Tschirch berichtete über die Tätigkeit des Landesverbandes und die Bundesleitung der SLOe, wobei Informationen, betreffend die durchzuführende Anmeldung unseres Vermögens in der Heimat, breiter Raum gelassen wurde. Weiters hob Landesobmann Tschirch ganz besonders die gewissenhafte Arbeit der beiden Funktionäre Oberförster i. R. Storch und Kassier Kohl hervor und stellte diese beiden Männer, die beide bald das 80. Lebensjahr erreichen werden, als ein Vorbild der Pflichterfüllung und Heimattreue in den Vordergrund. Die anschließende Wahl gab dem folgenden Vereinsausschuß einstimmig das Vertrauen für das kommende Jahr: Bezirksobmann Oberförster i. R. Storch, Spittal, Stellvertreter Dentist Wilhelm Batschinski, Kolbnitz, Kassier Kohl, Spittal, Stellvertreter Frau Irene Pachler, Steinfeld, Schriftführer Frau Wider, Gmünd, Stellvertreter Hans Kreißl, Spittal. Alle weiteren Mitarbeiter wurden mit Einverständnis der Versammlung ernannt. Nach Beantwortung verschiedener Anfragen wurde die Versammlung mit dem Hinweis, daß die Mitglieder sich jeden dritten Sonntag im Monat nachmittags zwischen 15 und 18 Uhr in Spittal, Gasthof „Ertl-Krobath", treffen, geschlossen.

Betonsteinwerk
Max R. Schossleitner
LINZ-KLEINMÜNCHEN Tel. 27893
Erzeugung von Hohlblocksteinen und Ejotbetonsteinen

Sudetendeutsche Jugend

Die Ortsgruppe Hallein der Sudetendeutschen Jugend führt am 25. und 26. Februar 1956 ihren ersten Ortsjugendtag durch. Unsere Jungen und Mädel aus allen Bundesländern sind dazu herzlichst eingeladen. Der Samstag bringt einen Heimatabend, gestaltet durch die SDJ Oberösterreichs und Hallein. Am Sonntag vormittag wollen wir unsere Kräfte in einem Ski-Abfahrtslauf messen, am Nachmittag soll uns ein Lichtbildervortrag in die alte Heimat führen, und ein gemeinsames Volkstanzen wird den Abschluß bilden. Die Jugend aus Salzburg, Steiermark, Kärnten, Tirol und Vorarlberg möge ihre Anmeldungen bis spätestens 20. Februar einsenden an Franz Peller, Oberalm 31 bei Hallein, die SDJ von Wien, Ober- und Niederösterreich zum gleichen Termin an Erhard Böhnisch, Ramingdorf Nr. 39 bei Steyr. Wir alle wollen unsere Kräfte dareinsetzen, daß dieser erste Ortsjugendtag von Hallein für alle Auftrieb und Erlebnis wird.

VÖSLAUER
EDELPACK · SILBERPACK · BRAUNPACK · GELBPACK
Wolle
verlangen Sie unsere mitinisierten Sorten
dauernd mottenecht durch MITIN

Die dreiteilige Matratze mit Federnkern S 495.—
E. KORGER
Linz, Goethestraße 18, gegenüber der Schule

Kaufhaus Sohmen, Linz, Franckstraße 36. Alle Bekleidung und Textilwaren zu günstigen Preisen.

Wo treffen sich die Sudetendeutschen in Kärnten? Im heimatlich geführten Gasthof „Linden-Keller", Klagenfurt, Villacherring 9. Für gute Getränke, Speisen und Stimmung ist bestens gesorgt.
Euer Landsmann
Langhans jun.

MÖBEL - MÖBEL - MÖBEL
Landsleute erhalten Rabatt im
Fachgeschäft
MÖBEL-
„Neue Heimat"
LINZ, Dauphinestr. 192 - Bis 24 Monate Kredit - Wo Sie auch wohnen, der Weg wird sich lohnen

BESTELLSCHEIN

Ich bestelle ab sofort die Zeitung „Sudetenpost" und wünsche die Zustellung an folgende Anschrift:

Name . . . . . .

Beruf . . . . . .

Wohnort . . . . . .

Zustellpostamt . . . . . .

Ich nehme zur Kenntnis, daß die Bezugsgebühr von S 9.— jedes Vierteljahr im vorhinein durch den Postzusteller bei mir eingehoben wird.

Unterschrift: .....

In einem Briefumschlag mit 30 Groschen Porto zu senden an die „Sudetenpost", Linz, Goethestraße 63.